DIE ENGERE PRODUKTIONS- UND EINKOMMENSGESTALTUNG IN DEUTSCHÖSTERREICH

IN DEN JAHREN 1920—1924 MIT BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER WIRKUNGEN DER INFLATION

INAUGURALDISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER WÜRDE EINES DOKTORS

DER STAATSWISSENSCHAFTEN

DER PHIL.-HIST. ABTEILUNG

DER HOHEN PHIL. FAKULTÄT

DER

UNIVERSITÄT BASEL

VORGELEGT VON

DIPL. KFM. LEOPOLD ZWILLINGER

AUS PROSTĚJOV

(TSCHECHOSLOVAKEI)

DRUCK: ODERBERG 1929

WERKSTÄTTE FÜR BUCHDRUCK WILHELM MAYER NEU ODERBERG

DIE ENGERE PRODUKTIONS- UND EINKOMMENSGESTALTUNG IN DEUTSCHÖSTERREICH

IN DEN JAHREN 1920—1924 MIT BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER WIRKUNGEN DER INFLATION

INAUGURALDISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER WÜRDE EINES DOKTORS

DER STAATSWISSENSCHAFTEN

DER PHIL.-HIST. ABTEILUNG

DER HOHEN PHIL. FAKULTÄT

DER

UNIVERSITÄT BASEL

VORGELEGT VON

DIPL. KFM. LEOPOLD ZWILLINGER

AUS PROSTĚJOV

(TSCHECHOSLOVAKEI)

DRUCK: ODERBERG 1929

WERKSTÄTTE FÜR BUCHDRUCK WILHELM MAYER NEU ODERBERG

Genehmigt von der philologisch-historischen Abteilung
der philosophischen Fakultät
auf Antrag
der Herren Professoren Dr. Michels und Dr. Landmann.

Basel, den 13. Februar 1926.

Der Dekan:
Prof. Dr. H. Bächtold.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meiner Mutter in Dankbarkeit
zugeeignet.

Vita.

Ich, **Leopold Zwillinger,** bin am 13. I. 1905 in Prostějov (Tschechoslovakei) als Sohn der Frau Paula Zwillinger und des im Kriege verstorbenen Handelsangestellten Alexander Zwillinger, geboren. Ich besuchte die deutsche Staatsoberrealschule in Prostějov und in Olmütz, wo ich im Jahre 1922 die Reifeprüfungen ablegte. Im gleichen Jahre immatrikulierte ich an der Handels-Hochschule in Berlin, an der ich im Jahre 1924 die Prüfung als Diplom-Kaufmann ablegte. Im Wintersemester 1924 immatrikulierte ich an der Universität Basel und machte dort am 13. II. 1926 das mündliche Doktorexamen.

In Berlin besuchte ich u. a. die Vorlesungen der Herren Professoren Dr. Bonn, Dr. Eulenburg, Dr. Palyi, Dr. Sombart, Dr. Eltzbacher, Dr. Leitner und in Basel die Seminare und Vorlesungen der Herren Prof. Dr. St. Bauer, Dr. J. Landmann, Dr. R. Michels, Dr. E. Ruck, Dr. H. Hassinger, Dr. A. Baumgarten, Dr. F. Götzinger.

Unter Anleitung der Herren Prof. Dr. Landmann und Dr. Michels entstand meine Dissertation „Die engere Produktions- und Einkommensgestaltung in Deutschösterreich in den Jahren 1920—1924 mit besonderer Berücksichtigung der Wirkungen der Inflation".

II. DIE ENTWICKLUNG DER PRODUKTION

Die Wirkung der Inflation auf das gesamte Wirtschaftsleben und demnach auch auf die Produktion geht von der gewaltigen Preisverschiebung aus, die sie mit sich bringt. Da die moderne Volkswirtschaft eine Tauschwirtschaft ist, kommt es dem Produzenten nicht auf die Brauchbarkeit eines von ihm erzeugten Gutes an, er stellt es nur wegen seiner mehr oder minder großen Fähigkeit her, andere Güter damit zu erlangen. „Die korrekten Anzeiger des relativen Wertes der Güter sind für den Produzenten die Preise. Der Unternehmer richtet sich in seiner Produktion nach ihnen.“ *

Der Zweck der einzelnen Wirtschaften ist heute der Gelderwerb, das money-making. Preisbewegungen bringen es mit sich, daß dieser Zweck besser oder schlechter erreicht wird. Für den Unternehmer kommt es bei seiner Tätigkeit immer darauf an, wie groß die Differenz zwischen dem Verkaufspreis einer Ware und den in Geld ausgedrückten Kosten ist. Steigt diese Differenz dann steigen auch die Unternehmergewinne, sinkt diese, dann nimmt ceteris paribus das Unternehmereinkommen ab.

Schwankungen im Unternehmergewinn wirken auf den Umfang der Produktion ein. Sein Steigen gibt einen Anreiz zur Erhöhung der Produktion, sein Fallen verursacht einen Rückgang derselben. Preisänderungen haben ihrerseits eine verschiedene Wirkung auf Verkaufs- und Kostenpreise, bedingen also eine Änderung der Unternehmergewinne und dadurch eine Zu- oder Abnahme der Produktion. Je nach der größeren oder geringeren Elastizität der Preise der für verschiedene Güter verschieden zusammengesetzten Kostenelemente, wird die Spannung zwischen Verkaufs- und Kostenpreis bei den einzelnen Gütern vergrößert oder verringert werden. Sie wird sich bei den einzelnen Waren verschieden entwickeln. Doch gibt es eine allgemeine Tendenz. Steigen die Preise, dann steigen bis zu einem gewissen Grade die Verkaufspreise schneller als die Kostenpreise. Der Unternehmergewinn wird erhöht und die Produktion stimuliert. Ein Sinken des Preisniveaus hat die entgegengesetzte Wirkung.

Wichtig für den Gang der Produktion ist neben den gegenwärtigen Preisverhältnissen auch die voraussichtliche Preisentwicklung. Die gegenwärtigen Verkaufs- und Kostenpreise bieten keinen genügenden Anreiz zur Produktionssteigerung und doch findet eine Zunahme der Produktion statt, weil mit einer zukünftigen Preissteigerung gerechnet wird. In Zeiten starker Geldwertschwankungen spielt dieses spekulative Moment der Abschätzung der Zukunft eine große Rolle. Dieses verursacht die Unbeständigkeit und Unsicherheit des Wirtschaftslebens in Zeiten starker Geldwertschwankungen. Das gesamte Wirtschaftsleben wird stärker als je von psychologischen Momenten, von Stimmungen beherrscht. Jede allgemein erwartete weitere Preissteigerung in Zeiten fortschreitender Inflation wirkt produktionssteigernd, eine erwartete Deflation, ja bloß schon eine Stabilisierung wirkt produktionseinschränkend. Welcher Unternehmer wird produzieren, wenn er eine Preissenkung, also einen Geldverlust

---

* Bouniatian, Wirtschaftskrisen und Überspekulation. Seite 77.

erwartet und welcher Produzent wird die Produktion nicht steigern, wenn er eine Preissteigerung und dadurch auch eine Gewinnsteigerung für wahrscheinlich hält.

Ein dritter Anreiz zur Produktionssteigerung in Zeiten der Inflation ist der Drang nach Werterhaltung. Gemachte Gewinne oder schon früher angesammeltes Geldkapital wird vor der Entwertung oft dadurch geschützt, daß es vom Produzenten investiert wird. Dabei kann es vorkommen, daß der Standpunkt der Rentabilität aufgegeben wird und die Werterhaltung die ausschlaggebende Rolle in der Vermehrung der Produktionsmittel und damit auch der Produktion spielt.

Vermehrte oder verminderte Produktion hängt aber nur zum Teil von den Erwägungen der Produzenten ab. Die durch die Produktionssteigerung vermehrten Güter müssen abgesetzt werden. Soll also eine Produktionssteigerung von größerer Dauer sein, dann muss auch der Absatz an Gütern steigen. Vermehrter Absatz hat aber eine gestiegene zahlungsfähige Nachfrage und diese wiederum ein vermehrtes Einkommen zur Voraussetzung, da für gewöhnlich das Einkommen die Güter endgültig kauft. Die Entwicklung der Einkommen, die selbst aus der Produktion fliessen, spielt demnach bei der Gestaltung der Produktion eine entscheidende Rolle. Es ergibt sich hier eine Wechselwirkung, die man im Auge behalten muss. Bei der Behandlung der Produktionsentwicklung müssen wir daher oft auf Ergebnisse vorgreifen, zu denen wir erst bei der Behandlung der Einkommensentwicklung gelangt sind.

Allerdings muß schon hier erwähnt werden, daß die Inflation die Tendenz hat, den Zusammenhang, der in normalen Zeiten zwischen Einkommens- und Produktionsgestaltung herrscht, zu lockern. Aus zwei Ursachen: Erstens, weil die Produktionssteigerung und der vermehrte Absatz der erzeugten Güter sich aus der vermehrten Nachfrage des Auslandes ergeben kann, zweitens, weil das Einkommen seine ausschließliche Bedeutung als Nachfragequelle verliert. In normalen Zeiten kauft nur das Einkommen letztlich die Güter, in Zeiten der Inflation kommt das bereits akkumulierte Kapital als Nachfragequelle hinzu. Inflation hat Kapitalsaufzehrung zur Folge, d. h. daß in Kapital schon festgelegte, in früheren Zeiten erworbene Güter die Nachfrage der Gegenwart mitbestimmen. Diese Erscheinung zeigt sich z. B. in der Verminderung der normalen Kassenhaltung, also eines Teiles des Betriebskapitals der Volkswirtschaft.

Die Entwicklung der Produktion ist je nach ihrer Zusammensetzung neben wirtschaftlichen und psychologischen Momenten auch von natürlichen Faktoren abhängig, auf die der Mensch keinen wesentlichen Einfluß hat. Diese Abhängigkeit von der Natur ist bei den einzelnen Produktionszweigen verschieden. Wollen wir die Erweiterung oder Einschränkung der Produktion als Folge von wirtschaftlichen, insbesondere Preisveränderungen, betrachten, dann müssen diejenigen Produktionszweige aus unserer Untersuchung ausgeschlossen werden, die in ihren Schwankungen wesentlich von der Natur beeinflußt werden, also vor allem die Landwirtschaft. Es kommen freilich auch in diesem Produktionszweige Veränderungen der Produktion durch soziale und wirtschaftliche Verschiebungen vor. Erwartete Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte führt ebenfalls zur Produktionssteigerung, sei es durch bessere Ausnützung des Bodens, sei es durch Inbetriebnahme von bisherigen Brachland; doch kann diese durch wirtschaftliche Ursachen hervorgerufene Produktionszunahme leicht durch natürliche Vorkommnisse - schlechte Ernte - aufgehoben, ja sogar in eine Produktionssenkung umgewandelt werden. Viel geringer ist natürlich die Wirkung der Natur auf die laufende jährliche Erzeugung in solchen Produktionzweigen,

die sich mit der Verarbeitung vorhandener Güter beschäftigen, also vor allem in der Industrie, besonders wenn sich diese vieler mineralischer Rohstoffe bedient.

Noch ein zweiter Umstand führt uns dazu, in unsere Untersuchung die Industrie viel mehr als die Landwirtschaft einzubeziehen: der industriestaatliche Charakter Deutschösterreichs.

Das deutschösterreichische Wirtschaftsleben stand in seiner Nachkriegsentwicklung nicht allein unter dem Einflusse der Inflation. Gewaltige Veränderungen und damit Einwirkungen ergaben sich aus der Zerstückelung der Österr.-Ungarischen Monarchie. Man kann also von vornherein nicht sagen, welche Erscheinungen in der Geldentwertung und welche in der Trennung der Nationalstaaten ihre Ursache haben. Um die alleinige Wirkung der Inflation untersuchen zu können, werden wir vorerst die Folgen der Zerstückelung des ehemaligen gemeinsamen Wirtschaftsgebietes zu erfassen suchen.

Die Zerreissung Österreich-Ungarns erfolgte aus politischen Gründen, wirtschaftliche Erwägungen spielten keine große Rolle. Ihre Folge war, daß Teile eines während des ganzen kapitalistischen Zeitalters gemeinsamen Wirtschaftsgebietes, die durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Handelspolitik aufeinander eingestellt waren, nun mit einem Produktionsapparate zurückblieben, der nicht ihrer Struktur entsprach.

Der industrielle Produktionsapparat auf dem Gebiete der heutigen Deutschösterreichischen Republik war zum größten Teile der Kopf der alten österreichischen Produktion. Die Rohstoffgewinnung und Rohstoffverarbeitung lag größtenteils auf dem Gebiete der heutigen Čechoslovakei. Die Konzentrierung der vertikal tieferliegenden Schichten der industriellen österreichischen Produktion in den Ländern der heutigen Čechoslovakei war eine Folge der modernen Standortsbewegung der Industrie. Die Industrie zeigte bereits seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Tendenz ihren historischen Standort zu ändern. Industrien, für die die Materialbeschaffung von großer Bedeutung war, mußten sich nach den Fundstätten ihrer Materialien richten, d. h. sie wurden „transportorientiert". Am stärksten transportorientiert sind die Industriezweige, die sich mit der ersten Bearbeitung der Rohstoffe befassen, also vor allem die Rohstoff- und Halbfabrikateindustrien. Nun war das gesamte Gebiet der ehemaligen Monarchie ziemlich arm an industriellen Rohstoffen. Der wichtigste im Lande vorkommende Rohstoff, der im allgemeinen die größte Anziehung auf transportorientierte Industrien auslöst, ist die Kohle und diese lag vorwiegend im Gebiete der heutigen čechoslovakischen Republik.

Nach den Daten über die Kohlenproduktion im Jahre 1917 entfielen auf

Deutschösterreich	89.000 t Steinkohle und
	2,169.000 t Lignit und Braunkohle;
auf die Čechoslovakei	15,842.000 t Steinkohle und
	18,202.000 t Braunkohle.

Die erste Verarbeitung von Rohstoffen und die Erzeugung von Halbfabrikaten wendete sich immer mehr nach den Sudetenländern. „Wir haben in Österreich mehrere große Verschiebungen vorsichgehen sehen, die teils mit Materialänderungen, teils mit den Kraft- und Wärmekosten zusammenhingen . . . Anderseits vollzog sich eine entgegengesetzte Bewegung der Textil- und Eisenindustrie, die ihren Schwerpunkt immer mehr aus den Alpenländern nach den

Sudetenländern verlegte . . . In der Eisenindustrie bewirkte einerseits die steigende Verwendung der Kohlen und Koks an Stelle des Holzes, das früher die Hauptgrundlage der alpenländischen Eisenindustrie bildete, anderseits die Einführung des Thomasprozesses, durch welches die minder reinen böhmischen Erze genau so gut verwendet werden konnten wie die alpenländischen Erze, diese Verschiebung nach dem kohlenreichen Norden. Von der Roheisenproduktion in Österreich entfielen 1880 auf die Sudetenländer 36.8 %, auf die Alpenländer 61.8 %. 1890 war das Verhältnis umgekehrt 61 % in den Sudetenländern 38.5 % in den Alpenländern" *. Ähnlich war der Entwicklungsgang in einer Reihe anderer Halbfabrikateindustrien.

Rohstoff- und Halbfabrikateindustrien haben den Großbetrieb vielmehr ausgebildet und entwickelt. Daher ist auch in Böhmen der Großbetrieb verhältnismäßig stärker entwickelt als in Deutschösterreich. Nach der letzten Betriebszählung im Jahre 1902 verteilten sich die Betriebe der Größe nach auf diese beiden Gebiete folgendermassen:

** Zahl der Arbeiter:

in Betrieben mit	1—5 Arbeiter	6—20 Arbeiter	21—100 Arbeiter	über 100 Arbeiter
In D. Österreich	403.028	171.154	172.236	285.068
in Prozenten	39 %	16.6 %	16.7 %	27.6 %
in Böhmen	348.457	115 620	159.289	356.438
in Prozenten	35.5 %	11.8 %	16.2 %	36.3 %

Arbeitsorientierte Industrien, meistens Fertigfabrikateindustrien, suchen vor allem solche Orte auf, wo ein genügend großer Arbeitsmarkt vorhanden ist, also die Großstädte. A. Weber weist zwar auch auf die entgegengesetzte Tendenz, die Flucht aus der Großstadt hin, da sie die Arbeitslöhne durch die teuere Lebenshaltung erhöht, kommt aber doch zu dem Schlusse, daß die Großstadt arbeitsorientierte Industrien mehr an- als abstößt. Altösterreich hatte nun eine geringe städtische Entwicklung aufzuweisen. Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1910 gab es nur 7 Städte mit mehr als 100.000 Einwohner, nur zwei mit über 200.000 und nur eine mit über 1 Million. Bei weitem überragte hier Deutschösterreich mit Wien und daher finden wir einen Zug der arbeitsorientierten Industrien hierher. (Typisch ist die Industrie des Wiener Beckens). Der Zug der neueren industriellen Entwicklung Altösterreichs ging also dahin, in den Sudetenländern die Rohstoff- und Halbfabrikateindustrien, in Deutschösterreich die Fertigfabrikateindustrien zu konzentrieren.

Die Trennung der Nationalstaaten hatte dieser Entwicklung ein jähes Ende bereitet, sie schnitt den alten Produktionsapparat so auseinander, daß der grössere Teil der vertikal tieferen Industrien in der Čechoslovakei, der größere Teil der vertikal höherliegenden Industrien in Deutschösterreich blieb. Ein solcher für die einzelnen Länder unpassende Produktionsapparat mußte in der Folgezeit umgestellt werden. In der Čechoslovakei war diese Umstellung verhältnismäßig leicht, da hier die natürlichen Bedingungen günstig waren. Wirtschaftlich

* Fr. Hertz: Die Produktionsgrundlagen der öst.-ung. Monarchie. Seite 125.

** Fr. Hertz: „Ist Österreich wirtschaftlich lebensfähig?". Seite 90.

konnte die Ergänzung umso leichter geschaffen werden, als die Handelspolitik der ersten Nachkriegszeit hoch protektionistisch war.

In Deutschösterreich lagen die Verhältnisse anders. Die natürliche Grundvoraussetzung für die vertikal tiefer liegenden Produktionszweige, die Rohstoffe, fehlten. Aber nicht blos darauf kam es an, dort wo es die natürlichen Bedingungen erlaubten, vertikal tiefere Industrien zu bilden, es mussten gleichzeitig auch die vorhandenen Fertigfabrikateindustrien abgebaut oder umgeändert werden. Fertigfabrikate sind im Auslande schwerer abzusetzen als Halbfabrikate, zumal in einer Zeit des höchsten Protektionismus. Wie schwierig mußte sich daher der Absatz der deutschösterreichischen Industrieerzeugnisse gestalten, die früher einen zollgeschützten Markt von 50 Millionen Menschen besassen und deren geringe Konkurenzfähigkeit dem Auslande gegenüber Fr. Hertz* schon für die Zeit vor dem Kriege im wesentlichen auf einen geringen inländischen Absatz zurückführte, als sie plötzlich auf ein Absatzgebiet von nur 6½ Millionen Menschen beschränkt wurden, wobei der Krieg noch eine Kaufkraftabnahme der Bevölkerung mit sich brachte.

Aus all diesem mußten sich als Folgen der Zerreissung der ehemaligen Monarchie zwei Tendenzen ergeben: Die eine ging dahin, bestehende Industrien zu ergänzen, um so einen Produktionszweig ganz im eigenen Lande zu konzentrieren, die andere ging dahin, die bestehenden Fertigfabrikateindustrien auf einen geringeren Absatz einzustellen, rückzubilden.

Die Wirkungen der Inflation, wir nehmen es hier vorweg, sind einerseits Absatzerweiterung, anderseits Zunahme der Investitionen. Demnach wird die aus der Zerstückelung der ehemaligen Monarchie entstandene Absatzverengung der deutschösterreichisch. Industrie durch die entgegengesetzte Wirkung der Inflation abgeschwächt oder sogar aufgehoben worden sein. Die andere aus dem Zerfall der Monarchie resultierende Tendenz, die Ergänzung des Produktionsapparates, wird durch die stärkeren Investitionen in der Inflation verstärkt worden sein.

Das besondere Merkmal des modernen Wirtschaftslebens sind seine Schwankungen. Diese Wellenbewegungen der Volkswirtschaft sind etwas dem Kapitalismus eigentümliches, die sich aus seinem Gefüge ergeben. Anders aber war die Entwicklung des österreichischen Wirtschaftslebens in der Nachkriegszeit. Diese hat ihren Impuls von Preisveränderungen erhalten, dessen Ursachen sich nicht mit naturnotwendigem Zwange aus der Struktur des Kapitalismus ergaben, sondern die Folge einer inflationistischen Geldpolitik waren.

Das Kriterium für eine günstige oder ungünstige Konjunktur ist die Zu- oder Abnahme der Produktion. Sie ergibt sich aus der stärkeren oder schwächeren Ausnützung der vorhandenen Produktionsfaktoren und der Vermehrung der vorhandenen Produktionsmittel. Die Produktionsfaktoren einer Volkswirtschaft sind nie gänzlich ausgenützt. Die vorhandenen Produktionsfaktoren bilden nur die oberste Grenze für die Produktion. In Wirklichkeit wird dieses Optimum wegen der großen Dehnbarkeit in der Ausnützung der Arbeitskraft, des Kapitals und sogar des Bodens selten erreicht. Wir können aber deutlich Zeiten stärkerer oder geringerer Ausnützung der vorhandenen Produktionsfaktoren feststellen. Verstärkt werden diese Schwankungen durch größere oder geringere Investitionen wie sie im Laufe solcher Zeiten aufzutreten pflegen.

---

* Fr. Hertz: „Produktionsgrundlagen" a. a. O.

Die Preisumwälzungen und Preisverschiebungen als Folgen der Inflation können nur dann ungehindert auf die Produktion einwirken, wenn ihren freien wirtschaftlichen Auswirkungen keine außerwirtschaftlichen Hindernisse entgegentreten. Diese Voraussetzung traf aber im ersten Jahre und auch in schwächerem Umfange im zweiten Jahre der deutschösterreichischen Inflation nicht zu. Natürliche Hindernisse standen der Produktion im Wege sich ausschließlich nach den Preisveränderungen zu richten. Diese Hindernisse waren der große Rohstoffmangel der Weltwirtschaft im allgemeinen und der noch größere Deutschösterreichs im besonderen.

Der Krieg brachte eine viel stärkere Abnahme der Erzeugung als des Verbrauches an Rohstoffen. Diese Diskrepanz wurde in den letzten Kriegsjahren so groß, daß nach Beendigung des Krieges ein starker Rohstoffmangel fühlbar wurde. Charakteristisch für diese Epoche war ja die Handelspolitik der europäischen Staaten mit ihren Ausfuhrverboten in den ersten Nachkriegsjahren. Besonders das sehr rohstoffarme Deutschösterreich hatte unter diesen Verhältnissen stark zu leiden, zumal die früher zu einer Einheit gehörenden Nationalstaaten die rigoroseste Absperrungspolitik gegen Deutschösterreich durchführten. Besondere Knappheit herrschte in Deutschösterreich an dem wichtigsten Kraft- und Wärmemittel, der Kohle. Und so sehen wir, daß die gesamte deutschösterreichische Produktion in den ersten Nachkriegsjahren ausschließlich von dem größeren oder kleineren Kohlenbezug aus dem Auslande abhängig war.

Die österr.-ung. Industrie hatte vor dem Kriege ihren Kohlenbedarf aus den böhmischen, mährischen, galizischen und nur zum geringen Teile aus den wenig ergiebigen alpenländischen Bergwerken gedeckt. Nach den Daten über die Kohlenproduktion der ehemaligen Monarchie im Jahre 1917 förderte Deutschösterreich nicht mehr als 89.000 t Steinkohle und 2,169.000 t Lignit und Braunkohle. Nach Berechnungen des Handelsministeriums ist der volle Bedarf der österreichischen Republik an Kohlen für Industrie, Verkehr und Haushalt monatlich mit 1,156.000 t Kohle und 111.000 t Koks berechnet worden (leider macht das Handelsministerium in seinen Berechnungen keinen Unterschied zwischen Braun- und Steinkohle). Die österreichische Kohlenproduktion reicht also nicht einmal zur Deckung eines zweimonatigen Bedarfes. Dieser Umstand wurde auch von der Entente dadurch gewürdigt, daß Deutschösterreich in den Friedensverträgen Kohlenlieferungen zugesichert erhielt. Die von der Entente zugestandenen monatlichen Kohlenlieferungen verteilten sich auf Deutschland mit 158.000 t Kohle und 17.000 t Koks, auf die Čechoslovakei mit 223.000 t Kohle und auf Polen mit 12.000 t Kohle, betrugen also im ganzen 393.000 t Steinkohle und 17.000 t Koks. Die eigene Kohlenförderung, die keine gute Kohle liefert, erhöhte sich in den Jahren 1920 und 1921 gegenüber den Vorjahren. Sie gestaltete sich folgendermassen:

* Kohlenproduktion 1919 und 1920

	1919			1920		
	Steinkohle	Braunkohle	Zusammen	Steinkohle	Braunkohle	Zusammen
Jänner . . .	6.663.4	149.600.6	156.264	9.374	187.509	196.883
Februar . .	6.836.4	145.862	152.699	8.864	181.354	190.218
März . . .	8.103.6	156.331	164.434	10.903	211.632	222.535

* Statistisches Handbuch (Deutschösterreich II., III.)

	1919			1920		
	Steinkohle	Braunkohle	Zusammen	Steinkohle	Braunkohle	Zusammen
April . . .	7.599.0	163.723	176.322	9.914	180.880	190.794
Mai	6.795.6	164.637	171.432	9 883	182.213	192.096
Juni	6.954.0	153.809	160.773	12.232	180.928	193.160
Juli	6.907.4	170.836	177.744	12.949	208.953	221.902
August . . .	7.994.0	169.880	177.874	12.715	200.495	213.210
September .	6.572.0	174.763	181.335	11.788	210.677	222.465
Oktober . .	7.707.6	173.348	181.055	11.713	217.307	229.020
November .	8.385.4	168.188	176.573	11.403	214.196	225.599
Dezember .	9.273.5	187.777	197.051	11.659	222.288	234.974
Zusammen .	89.718,9	1,983.758	2,073.559	134.397	2.398.432	2.532.829
monatl. Durch	7.476.5	165.313	172.789	11.199	199.869	211.068

Im Jahre 1919 betrug die monatliche Durchschnittsproduktion plus den vertraglich zu liefernden Kohlenmengen 565.789 t Kohle und 17.000 t Koks. Aber selbst diese in keinem Verhältnis zum Verbrauche von 1,156 000 t Kohle und 111.000 t Koks stehende Kohlenmenge stand dem deutschösterreichischen Wirtschaftsleben nicht zur Verfügung. Die ausländischen Kohlenlieferungen erreichten nie ihr volles Ausmass, ja sie blieben sogar in der ersten Zeit unter der Hälfte der zu liefernden Kohlenmenge zurück.

Ganz deutlich erkennen wir die Größe der Kohlenknappheit aus einer Erhebung des Ministerium für Handel und Gewerbe über den Bedarf und die Belieferung einer Reihe von Industrien im Oktober 1919.

*Brennstoffbedarf und Belieferung im Oktober 1919

	Voller Bedarf	Reduzierter Bedarf	Tatsächl. Belieferung	Belieferung in % des Bedarfes
Verkehrswesen	334.300	223.000	76.084	22.75
Gas, Wasser, Elektr.	128.700	90.300	59.304	46.07
Nahrungsmittel	49.100	29.500	8.978	18.20
Bergbau	3.548	2.524	900	71.10
Salinen	11.600	11.600	5.913	50.97
Eisen, Stahl u. sonst. Metallind.	178.000	106.700	62.309	35.00
Baumaterialien	24.200	14.500	11.106	45.89
Keram. Industrie	7.600	5.300	3.576	67.47
Textilindustrie	12.300	7.400	3.413	27.74
Holzindustrie	2.500	1.200	122	4.85
Papierindustrie	28.400	17.000	5.462	19.23
Tabakindustrie	1.500	1.500	658	43.86
Landwirtschaft	6.809	4.197	3.400	61.63
Hausbrand	330.400	198.000	58.348	17.65
Chem. Industrie	40.400	22.200	7.114	17.60
Zusammen . . .	1,159.357	734.921	306.687	26.71

* Statistisches Handbuch a. a. O. II.

Wie trostlos die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch den Kohlenmangel waren, ergibt sich auch daraus, daß der Personenzugsverkehr längere Zeit aufgehoben, der Lastenverkehr auf das notwendigste beschränkt werden mußte, daß Wien tagelang ohne Straßenbahnverkehr blieb und Gas- und Elektrizitätsbelieferung während der größeren Dauer des Tages unterbrochen war. Dementsprechend war auch die Lage der Industrie; diejenigen Zweige, die Kohle benötigten, stockten. Am meisten die Hauptindustrie Deutschösterreichs, die Eisen- und Metallindustrie. Von den in Deutschösterreich befindlichen sieben Hochöfen mußten sechs ausgeblasen werden und selbst der Betrieb des einen machte große Schwierigkeiten. Die Folge davon war ein 90%tiger Ausfall an Roheisen, was wiederum lähmend auf die Stahlwalzwerke, Eisengießereien, Maschinen- und Metallwarenfabriken zurückwirken mußte. Ähnlich war es mit den andern, Kohlebenötigenden Industriezweigen. Dabei nahm gerade in dieser ärgsten Zeit die Abrüstung ihren Fortgang, immer größer wurde die Zahl der Heimkehrenden. Daher ist diese Zeit gekennzeichnet durch eine außerordentliche Arbeitslosigkeit.

*Arbeitslosigkeit zu Ende jedes Monates:

		1919	1920
Jänner	—.—	162.104	69.427
Februar	—.—	—.—	61.851
März	—.—	178.553	53.999
April	—.—	186.030	45.883
Mai	—.—	170.682	19.155
Juni	—.—	—.—	22.403
Juli	—.—	133.362	23.970
August	—.—	—.—	22.705
September . . .	—.—	112.374	19.768
Oktober	—.—	—.—	14.733
November . . .	46.203	87.266	16.073
Dezember . . .	—.—	—.—	16.637

Von Ende November 1918, wo die Arbeitslosigkeit das erstemal festgestellt wurde, stieg sie bis Ende April 1919 auf einen Stand von 186.030 an, von da begann sie dann zu sinken. Trotzdem blieb der monatliche Durchschnitt i. J. 1919 noch immer auf der beträchtlichen Höhe von 147.192. Dabei geben uns diese Zahlen bei weitem nicht die Beschäftigungslosigkeit der Industrie wieder. Weniger wegen der unzureichenden und schlechten Erfassung der Arbeitslosigkeit als vielmehr infolge der sozialpolitischen Massnahmen jener ersten Revolutionsjahre. Die Kündigung durch die Arbeitgeber wurde stark eingeschränkt, ja die Unternehmer sogar gezwungen einen Teil der Heimkehrenden anzustellen. „Um der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit vorzubeugen wurde gesetzlich verfügt, daß Entlassungen ohne besonders zwingende Gründe nicht vorgenommen werden dürfen, vielmehr in Betrieben mit mehr als 25 Beschäftigten je nach der Größe der Zahl der dort Beschäftigten, noch Arbeiter aus dem Stande der Heimkehrer bezw. Invaliden aufgenommen werden müssen. Die Zahl der arbeitslosen Eisen- und Metallarbeiter in Wien allein hat im Dezember 1918 einen Stand von 18.000 erreicht, der sich in der Folge bis auf 24.000 im Monate Februar

* Statistisches Handbuch II. S. 116.

d. J. 1919 erhöhte und nur infolge der Unterbindung der Entlassungsmöglichkeiten und der Zwangseinstellungen nicht noch höher geworden ist„ *.

Diese große Beschäftigungslosigkeit reichte schon in die Zeit, in der sich die Krone stark abwärts bewegte. Geld- und Preisbewegungen, und innere Einkommensgestaltung standen schon im Zeichen der Inflation, die Produktion stand aber in dieser Epoche im Gegensatz zu den folgenden Jahren im Zeichen der Depression. Wir haben vorhin gesagt, daß sich die Zu- oder Abnahme der Produktion aus der verschiedenen Intensität der Ausnützung der Produktionsfaktoren ergibt, unter der Voraussetzung, daß genügend Rohstoffe vorhanden sind. Daß dies letztere nicht zutraf ist der Grund dafür, daß die Inflationskonjuktur sich nicht schon 1919 allgemein durchsetzen konnte. Wie sehr die Entwicklung der Produktion von dem Mangel an Kohle beeinflußt wurde, ersieht man deutlich aus der verschieden starken Entfaltung der einzelnen Produktionszweige. Benötigte ein Produktionszweig relativ wenig Kohle, hatte er einen starken Aufstieg zu verzeichnen, im anderen Falle lag er darnieder. Es wird daher leicht begreiflich, daß in jener Zeit die widerspruchsvollsten Entwicklungen der einzelnen Industriezweige beobachtet werden konnten. So herrschte 1919 in der Holzverarbeitenden Industrie keine Arbeitslosigkeit mehr, die Möbeltischlerei hatte höchste Konjuktur und mußte aus Arbeitermangel Bautischler heranziehen. Ähnlich war es mit der Schuhmacherei und der Kleiderkonfektion. Die Luxusindustrie erzielte riesige Umsätze, von 3.000 ihrer Arbeiter war fast niemand arbeitslos. Auf der anderen Seite hingegen die schlechtesten Verhältnisse in der Großindustrie, in der Metallwaren- und Eisenindustrie, in der Textilindustrie, in der Bau- und in der Chemischen Industrie. Die Roheisenproduktion der Alpinen Montangesellschaft, der einzigen Roheisenproduzentin Deutschösterreichs überstieg im Jahre 1919 nicht die Produktion von 600.000 q, gegen 6.1 Millionen q im letzten Friedensjahre. Hier in der Großindustrie konzentrierte sich auch die ungeheuere Arbeitslosigkeit.

Das Jahr 1920 brachte der Weltwirtschaft einen großen Aufschwung. Der Waren-, insbesondere der Rohstoffhunger war es, der diese Konjunktur von allerdings nur kurzer Dauer - bis Ende desselben Jahres - hervorrief. Sie brachte einen Ausgleich in Angebot und Nachfrage, ja sogar eine Überproduktion und ihre Folge war, daß auf den Rohstoffmangel ein Überfluß an Rohstoffen folgte. Von da ab nähert sich auch die gesamte deutschösterreich. Industrie immer mehr der Konjunktur. Wir ersehen es aus dem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit. (s. Tab. S. 8.) Die Arbeitslosigkeit zeigte ihre stärkste Abnahme im Mai 1920; Ende April steht sie noch auf einem Stand von 45.883, Ende Mai bereits unter der Hälfte, nämlich auf 19.155. Von diesem Zeitpunkte an traten die wirtschaftlichen Faktoren wiederum in den Vordergrund, während bisher politische Momente die größte Bedeutung hatten. Denn war der Rohstoff- und Materialmangel eine natürliche Folge des Krieges, so war seine Verteilung auf die einzelnen Staaten hauptsächlich von der politischen Konstellation bestimmt. Daher scheidet diese Epoche jetzt aus unserer Betrachtung aus.

Bei der Analyse der Produktion in der Zeit von Mitte 1920 bis Ende 1924 werden wir von zwei Gesichtspunkten auszugehen haben. Einmal werden wir die Produktion in ihrem Gesamtumfange zu erfassen suchen, um feststellen zu

* Bericht des Wiener Metallarbeiterverbandes a. a. O. S. 154.

können wie sie sich als Ganzes entwickelt hat, das anderemal werden wir zu untersuchen haben, welche Produktionszweige am stärksten an den Veränderungen des Gesamtumfanges der Erzeugung teilgenommen haben.

In Deutschösterreich ist die Produktionsstatistik wenig entwickelt. Sie existiert blos für den Bergbau, das Hüttenwesen und die Salinen. Daher sind wir darauf angewiesen aus einzelnen statistisch erfaßten Tatsachen auf den allgemeinen Gang der Produktion zu schließen. Zu- oder Abnahme der Produktion äußert sich in den Schwankungen der Ausnützung der Produktionsfaktoren, besonders der Arbeit und des Kapitals.

Die Ausnützung der Arbeitskraft einer Volkswirtschaft steht, gleiche Leistung vorausgesetzt, im umgekehrten Verhältnis zu der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit wird in Deutschösterreich auf Grund der Arbeitslosenversicherung festgestellt. Sie wird seit Mai 1919 zu jedem Monatsende ermittelt und umfaßt nur voll Beschäftigungslose, die zugleich unterstützungsberechtigt sind. Sie gibt nur absolute, keine Relativzahlen an und enthält auch keine Angaben über die teilweise Arbeitslosen.

* Unterstützte Arbeitslose zu Ende jedes Monates 1920/24.

	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Jänner . . .	69.427	16.217	33.554	161.227	119.766	187.103
Februar . . .	61.851	14.520	42.933	167.417	125.783	189.801
März	53.999	9.790	42.231	152.830	106.908	
April	45.883	9.518	44.281	132.226	82.524	
Mai	19.155	10.103	38.567	107.965	68.969	
Juni	22.403	11.035	33.355	92.789	63.556	
Juli	23.970	11.702	30.967	87.155	66.457	
August . . .	22.705	11.349	31.247	83.891	74.191	
September .	19.768	10.594	38.000	78.801	77.550	
Oktober . .	14.733	8.709	58.008	75.810	89.017	
November .	16.073	9.822	82.923	77.782	115.601	
Dezember . .	16.637	16.713	117.144	98.050	154.491	
Monatl. Durchschn.	32.050	11.672	49.434	108.829	95.401	

Die hier angeführte Zusammenstellung der Arbeitslosen hat neben den schon vorhin erwähnten Unvollkommenheiten auch noch den Nachteil der leichten Beeinflußbarkeit. Denn die Unterstützungen, die gesetzlich nur für 12 Wochen gewährt werden, können nach eigenem Ermessen der Behörde verlängert werden. Gewöhnlich wird der Kreis der Unterstützungsberechtigten in schlechten Zeiten erweitert und in guten Zeiten verengt. Außerdem, und das ist ihr Hauptnachteil, umfaßt die Statistik nur Unterstützung beziehende Arbeitslose, diejenigen, die Abfertigung, Pensionen u. dgl. erhalten haben, werden nicht mitgezählt, genau so wie diejenigen, bei denen die gesetzlich festgesetzte Frist von 12 Wochen abgelaufen ist. Aus all diesem folgt, daß die in dieser Statistik ausgewiesenen Zahlen zu niedrig sind.

* Handbuch I -V. a. a. O.

Eine zweite Möglichkeit der Erfassung der Arbeitslosigkeit bieten die Zusammenstellungen der industriellen Bezirkskommissionen. Da es zu ihren Aufgaben gehört, die Nachfrage und das Angebot an Arbeitskraft in den Industriezentren zu konzentrieren, können uns ihre fast den gesamten Arbeitsmarkt erfassenden Zusammenstellungen genügenden Aufschluß geben. Für unsere Zwecke am geeignetsten sind ihre Angaben über die Zahl der Stellenanbote und Stellengesuche. Die „Statistischen Nachrichten" errechneten aus der Zahl der Stellenanbote und der Stellengesuche vom Jahre 1922 an die sogenannte Andrangziffer, die angibt, wieviel Stellengesuche auf 100 Stellenanbote entfielen.

*Andrangziffer (auf 100 Anbote entfielen Gesuche):

	1921	1922	1923	1924
Jänner	256	349	1.275	673
Februar	244	393	1.239	748
März	198	340	829	480
April	179	358	724	398
Mai	183	298	603	378
Juni	182	268	666	380
Juli	190	254	595	375
August	172	270	570	440
September	182	365	466	446
Oktober	185	479	422	498
November	205	851	560	
Dezember	282	1.351	740	
Durchschnitt	204	464	724	

Die Zahlen beider Statistiken können wir nur als Bewegungszahlen verwenden. Sie geben uns nur Richtlinien für die günstige oder ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wir ersehen aus ihnen, daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1921 ihre stark sinkende Tendenz beibehielt. Die unterstützten Arbeitslosen erreichen ihren Tiefstand im Oktober 1921 mit 8.709; der monatliche Durchschnitt des ganzen Jahres 1921 ist nur 11.672, also ganz gering. In den Wintermonaten, besonders seit Jänner 1922 zeigt sie ein Ansteigen und erreicht im April desselben Jahres einen Stand von 44.281. Diese größere Arbeitslosigkeit ist nicht nur durch den geringeren Arbeitsbedarf in den Wintermonaten verursacht worden, denn auch in den Sommermonaten des Jahres 1922 zeigt die Arbeitslosigkeit kein starkes Sinken mehr. Sie schwankt um 35.000 herum, ihren tiefsten Stand erreicht sie im Juli mit 30.967. In den beiden folgenden Sommermonaten erhöht sie ihren Stand unbedeutend, im Oktober beginnt sie stark zuzunehmen, im Dezember hat sie sich gegenüber dem tiefsten Stand im Juli vervierfacht, gegenüber dem Stande vom Dezember des Vorjahres versiebenfacht. Sie behält von da an ihre steigende Tendenz bei und erreicht im Februar 1923 ihren Höhepunkt mit 167.417. In den Sommermonaten 1923 zeigt sie den üblichen niedrigeren Stand kommt jedoch in keinem Monate unter 75.000. Die folgenden Wintermonate zeigen wieder eine Zunahme, bleiben aber schon stark unter der Höhe des Vorjahres zurück. Ebenfalls die Sommermonate 1924. Die Herbstmonate 1924 zeigen jedoch eine Ausnahme. Während das ganze Jahr 1924 bis zum September einen niedrigeren Arbeitslosigkeitsstand aufweist als die

* Stat. Handbuch a. a. O. II.-V.

gleichen Monate des Vorjahres, steigt die Arbeitslosigkeit von September 1924 auf einen höheren Stand als im Vorjahre. Der Arbeitsmarkt begann sich wieder zu verschlechtern.

Betrachten wir das Bild, das uns die Andrangziffern bieten. Im Grunde genommen zeigt es dieselben Bewegungen. Nur reagiert die Andrangziffer viel schneller und viel stärker auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes. Nach ihr liegt der Tiefpunkt im August des Jahres 1921 (nicht im Oktober), der Umschwung zur Krise ist bereits im August 1922 zu sehen (bei der anderen Statistik erst im Oktober). Die Andrangziffer steigt vom August 1922 auf September 1922 um 35.2%, vom September bis Oktober um 31.2%. Die entsprechenden prozentuellen Verschiebungen in der Statistik der unterstützten Arbeitslosen sind 21.6% und 52.5%. Der Höhepunkt der Krise ist nach der Andrangziffer schon im Dezember 1922 erreicht (nach der ersten Statistik erst im Februar 1923). Von da an bessert sich der Arbeitsmarkt langsam. Die Arbeitslosigkeit behält ihre sinkende Tendenz, von Saisonschwankungen abgesehen, bis Juli 1924 bei, wo sie ihren tiefsten Stand seit Oktober 1922 erreicht. Im folgenden Monat nimmt sie plötzlich um nicht weniger als um 17.3% zu, eine große Steigerung, die man wegen ihres so plötzlichen und frühen Einsetzens nicht als Saisonschwankung betrachten kann.

Die Arbeitslosigkeit und ihre Entwicklung ist der wichtigste Maßstab bei Beurteilung des Grades der Ausnützung des Produktionsfaktors Arbeit, aber nicht der einzige. Sie gibt uns nur an, wieviel Träger der Ware Arbeitskraft nicht zur Betätigung herangezogen wurden. Für die Arbeitsleistung einer Volkswirtschaft ist auch die Arbeitsdauer und die Leistungsintensität maßgebend.

Die Arbeitszeit schwankt von Betrieb zu Betrieb und von Saison zu Saison. Nicht auf diese Schwankungen kommt es uns an. Uns handelt es sich vielmehr um die außergewöhnlichen Schwankungen, die die Produktion empfindlich beeinflußen, um die partielle Arbeitslosigkeit. Die partielle Arbeitslosigkeit wird weder von der Statistik der unterstützten Arbeitslosen, noch von den Zusammenstellungen der Industriellen Bezirkskommissionen erfaßt. Denn die teilweise Arbeitslosen beziehen Lohn, sind also nicht unterstützungsberechtigt und da sie auch „angestellt" sind, bieten sie ihre Arbeitskraft nicht an. Periodische Zusammenstellungen über die teilweise Arbeitslosen gibt es in D. Österreich nicht. Wir müssen uns daher mit wenigen Zusammenstellungen begnügen und aus ihnen ein Bild über die Entwicklung der partiellen Arbeitslosigkeit zu gewinnen suchen.

Zum ersten Male wurde die partielle Arbeitslosigkeit im ärgsten Krisenmonat, im Dezember 1922 durch eine Enquete der Gewerkschaftskommission festgestellt. *Sie erfaßte die verschiedenen Arbeiterorganisationen und wurde auf einer ziemlich breiten Basis - es wurden mehr als 600.000 Arbeiter erfaßt - durchgeführt. Sie wies eine teilweise Arbeitslosigkeit von 22.3% aller Erfaßten aus. Mit dieser Zahl ist uns aber wenig gedient, da uns die Schwankungen in der partiellen Arbeitslosigkeit interessieren. Die einzigen periodischen Zusammenstellungen veröffentlichte der Metallarbeiterverband.

---

*Les conditions de vie des ouvriers dans les pays a change déprécié, S. 99.

*Bericht über die Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie 1922/24:

	31. Dezember		
	1922	1923	1924
Gesamtzahl der Vollarbeiter . .	53.432	147.187	139.682
Kurzarbeiter . .	92.890	12.885	3.779
Anzahl der Beschäftigten . . .	146 322	160.072	143.461
Arbeitslose . . .	42.499	30.397	26.529
Der Metallindustrie gehören an	188.821	190.469	169.990

(Kurzarbeiter sind solche Arbeiter, die 24—44 Stunden in der Woche arbeiten.)

Am 31. Dezember 1922, also im Höhepunkt der Krise betrug die Zahl der Vollarbeitslosen 22.5% aller Berufsangehörigen. Am Ende des folgenden Jahres ist die Arbeitslosigkeit schon stark zurückgegangen. Die Zahl der Vollarbeitslosen sank von 42.499 auf 30.397, sie betrug daher Ende 1923 71.5% ihres Standes vom Dezember 1922. Die Kurzarbeit verminderte sich hingegen von 52.890 auf 12.885, betrug also Ende 1923 blos 13.9% ihres Standes vom Dezember 1922. Während also die Zahl der Vollarbeitslosen um 28.5% sank, sank die Zahl der Kurzarbeiter um 86.1%. In Prozenten der Berufsangehörigen ausgedrückt betrug die volle Arbeitslosigkeit Ende Dezember 1923 15.9%, die Kurzarbeit nur 6.7%. Die Erstere sank also von 22.5% Ende 1922 auf 15.9% aller Berufsangehörigen Ende 1923; hingegen sinkt die Zahl der Kurzarbeiter von 49.2% Ende 1922 auf 6.7% Ende 1923. Im Jahre 1924 zeigt sich dasselbe. Die Zahl der Kurzarbeiter sinkt viel schneller als die Zahl der Vollarbeitslosen. Die Kurzarbeit hat, wie ersichtlich, die Tendenz bei einer größeren Beschäftigungslosigkeit sehr hoch zu sein. Sinkt diese Beschäftigungslosigkeit um weniges, vermindert sich die Kurzarbeit sehr rasch. In der Konjunktur ist sie gleich null, bei zunehmender Verschlechterung steigt sie viel rascher als die volle Arbeitslosigkeit, bei zunehmender Besserung sinkt sie sehr rasch. Die Krisenmonate werden daher bei Mitberücksichtigung der partiellen Arbeitslosigkeit eine viel geringere Ausnützung des Produktionsfaktors Arbeitskraft aufzuweisen haben als sich aus der alleinigen Berücksichtigung der Vollarbeitslosen ergibt.

Wie stand nun bei alledem die Arbeitsleistung? Zwei einander entgegengesetzte Tendenzen haben auf die Veränderung der Arbeitsleistung gewirkt. Die eine war eine Reaktion auf die leistungsmindernde Wirkung des Krieges, die andere auf die Abnahme des Realeinkommens der Arbeiterschaft während der Inflation.

Der Krieg hat unstreitig eine Abnahme der Arbeitsleistung im Gefolge gehabt. Diese erreichte in den ersten Nachkriegsjahren ihren tiefsten Stand und begann sich von da an zu bessern. Auf Grund dieser Tendenz wird also die Arbeitsleistung von 1920 bis 1924 zugenommen haben. Die Inflation aber, die eine starke Abnahme des Realeinkommens der Arbeiterschaft verursachte, hatte eine Leistungsminderung zur Folge. Welche der beiden einander entgegengesetzten Tendenzen war die stärkere? Die einzigen fortlaufenden Angaben, die über die Arbeitsleistung veröffentlicht wurden, stammen aus dem Bergbau.

* Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch a. a. O. S. 196.

*Eisenerzbergbau in Österreich.

Jahr	Zahl der verfahrenen Schichten		Jahresförderung				
	sämtlicher Arbeiter	Häuer u. Förderer	Im ganzen	in q auf eine Arbeiterschicht		auf eine Häuer- und Förderer-schicht	
1913	1,051.948	654.395	20,306.534	19.30	100	31.03	100
1918	1,241.909	490.725	11.726.972	9.44	48.9	23.90	77.0
1919	600.825	168 877	2,504.909	4.17	21.6	14.83	47.8
1920	594.683	175.341	4,350.617	7.32	37.9	24.81	80.0
1921	778.212	272.147	7,109.317	9.14	47.4	26.12	84.2
1922	1,130.496	489.428	11,124.148	9.84	51	22.73	73.3
1923	1,162.152	487.135	12,110.650	10.71	55.5	24.86	80.1
Braunkohlenbergbau in Mittelsteiermark.							
1913	1,013.594	722.097	9,860.493	9.73	100	13.65	100
1918	1,059 455	699.955	7,071.541	6.67	68.5	10.10	74.0
1919	1,225.205	711.784	8,282.930	6.76	69.5	11.64	85.3
1920	1,708.794	881.741	9,941.410	5.82	59.8	11.27	82.5
1921	1,978.023	773.825	11.019.800	5.57	57.2	12.00	87.9
1922	2,018.050	918.335	11,531.130	5.71	58.7	12.56	92.0
1923	1,512.491	730.967	8.844.800	5.85	60.1	12.10	88.6

Die Tabellen geben uns kein einheitliches Bild. Beim Erzbergbau steigt die Menge, die auf eine Arbeiterschicht entfällt, ununterbrochen von 1919 bis 1923, demnach Zunahme der Arbeitsleistung. Aber schon bei Bezugnahme auf die Häuer- und Förderschichten, d. h. auf die qualifizierten Arbeiter ändert sich das Bild. Die auf eine Schicht entfallende produzierte Menge steigt von 1919 bis 1921, erfährt dann 1922 einen ziemlichen Rückschlag, um im folgenden Jahre wiederum anzusteigen. Ein entgegengesetztes Bild zeigt der Braunkohlenbergbau. Die von einer Arbeiterschicht abgebaute Kohlenmenge sinkt hier von 1919 an und schlägt erst 1922 in eine Steigerung um. Hingegen ist die auf eine Häuer- und Förderschicht berechnete Produktionsmenge im Jahre 1921 und 1922 höher als im Jahre 1919, im Jahre 1923 niedriger als in den beiden Vorjahren. Diese einander widersprechende Entwicklung der Leistungsfähigkeit erklärt sich daraus, daß der Absatz der Kohle zu sehr auf die in der Tabelle ausgewiesenen Produktionsmengen eingewirkt hat. Den die Anpassung des Arbeiterstandes an die Marktverhältnisse war aus gesetzlichen und aus wirtschaftlichen Gründen nicht rasch genug möglich. Bei den unqualifizierten Arbeitern spielen die gesetzlichen Kündigungsfristen, bei den qualifizierten rationell-wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle. Trotz allem zeigt die Tabelle doch eine Steigerung der Arbeitsleistung in der Nachkriegszeit, allerdings mit Rückschlägen zur Zeit der Inflationskonjunktur, da in einer Zeit steigender Produktion der Unternehmer nicht so auf die Arbeitsleistung sieht, als in Zeiten der Depression und die Inflation eine geringe Konsumtion und eine sonstige Verschlechterung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft zur Folge hatte.

Bei der bisherigen Betrachtung der Ausnützung des Produktionsfaktors Arbeit haben wir uns nur auf absolute Zahlen gestützt. Einen tieferen Einblick

* Statistische Nachrichten 1924, No. 12, S. 274.

in die Produktionsschwankungen gewinnen wir bei Betrachtung der relativen Arbeitslosigkeit. Diese ergibt sich aus der Gesamtzahl aller Arbeiter und der Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen. In einigen Ländern geben die Statistiken der Gewerkschaften einen Aufschluß über die Größe der relativen Arbeitslosigkeit. Leider gehört Deutschösterreich nicht zu diesen Ländern. Ein einziges Mal ist hier in der besagten Zeit eine Erhebung über die relative Arbeitslosigkeit gemacht worden. Es war dies die schon einmal erwähnte Enquete der österreichischen Gewerkschaftskommission vom Dezember 1922. Aus ihrem Ergebnisse hat das *Bureau International du Travaille - durch Gegenüberstellung der absoluten Arbeitslosigkeit mit der relativen Arbeitslosigkeit im Dezember 1922 - die relative Arbeitslosigkeit für mehrere Zeitpunkte berechnet.

	Prozentsatz der vollkommen Arbeitslosen nach d. Enquete vom 30 XII. 1922	Schätzung der relativen Arbeitslosigkeit
April 1922	—	12.5
Juli 1922	—	9.7
Dezember 1922 .	32.24	33.2
Feber 1923 . . .	—	47.2
Oktober 1923 . .	—	21.4
Feber 1924 . . .	—	35.4
Juni 1924	—	17.9
September 1924 .	—	22.0

Unserer Einsicht nach sind die Ergebnisse dieser Berechnung zu hoch. Vergleichen wir sie mit anderen hie und da gemachten Angaben über die relative Arbeitslosigkeit, dann erkennen wir dies sofort. Die Statistischen Nachrichten bringen eine Zusammenstellung über die Beschäftigung in den Hauptzweigen des Wiener Industriegebietes im Juli 1923. Darnach betrug die relative Arbeitslosigkeit in diesem Monate 13.2%. Hingegen betrug diese nach der Zusammestellung des Bureau International du Travaille im Feber 1923 47.2% und im Oktober 21.4% (für den Juli ist sie nicht berechnet worden). **Der Metallarbeiterverband stellte für drei Termine die Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder fest, für Ende Dezember 1922 mit 22.5%, für Ende Dezember 1923 mit 15.9% und für Ende 1924 mit 15.5%. Selbst diese Zahlen bleiben noch weit unter den des B. I. d. T. Dabei hat die Metall- und Maschinenindustrie während der ganzen hier in Betracht gezogenen Zeit die schlechtesten Arbeitsmarktverhälnisse aufzuweisen gehabt.

Aus dem bisher angeführten Erhebungen, die teilweise unvollkommen und nur für einige Zeitpunkte gemacht worden sind, werden wir die relative Arbeitslosigkeit zu berechnen trachten.

In D. Österreich wird nur die Zahl der in den unfallversicherten Betrieben beschäftigten Arbeiter ermittelt. (Unfallversicherte Betriebe sind in Osterreich solche, die zumindest einen Motor haben). ***Ihre Zahl zeigt eine ziemlich starke Zunahme von 1919 bis 1922; sie betrug 1919 566.891, 1920 668.753, 1921 781.888. Von da ab wurde nicht mehr die Arbeiterzahl sondern blos die Zahl der geleisteten Arbeitstage veröffentlicht. Diese stieg von 1921 bis 1922 von 204.7 Millionen auf 212.9 Millionen, d. h. also um 4.5%. Die Zunahme der Arbeiter in den unfallversicherungspflichtigen Betrieben muß nicht gleichbedeutend sein einer Zunahme des Arbeiterstandes, da früher nicht gezählte Betriebe durch Anschaffung eines Motors in die Statistik aufgenommen werden. Viel eher

* Bureau International du Travaille a. a. O. S. 100.
** Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1924. a. a. O. S. 1000.
*** Statistisches Handbuch II., III., IV., V., a. a. O.

verwendbar ist die vom Bundesamt für Statistik durchgeführte Zählung aller durch Kollektivverträge erfaßten Arbeitnehmer. Bei der großen Verbreitung der Kollektivverträge, besonders zur Zeit der Inflation, gibt diese Zusammenstellung ein gutes Bild über die Zahl der Berufsangehörigen. Leider sind die Feststellungen nicht jährlich gemacht worden. Unter Vermeidung von Doppelzählungen wurde die Zahl aller im Zeitraum 1920/24 von den Kollektivverträgen erfassten Arbeitnehmer ermittelt. Sie betrug in den Erzeugungsgewerben mit Einschluß des Bergbaus und des Hüttenwesens 817.660. *Fr. Klezl, ein bekannter österreichischer Statistiker, nimmt an, daß die durch die Kollektivverträge erfaßten Arbeitnehmer 90% aller Arbeitnehmer betragen haben; daher würde sich die Zahl der tatsächlich in den Erzeugungsgewerben beschäftigten Arbeiter auf 908.511 stellen. Bringen wir diese Zahl mit der der unterstützten Arbeitslosen in Beziehung, erhalten wir eine relative Arbeitslosigkeit, die unterhalb der tatsächlichen Verhältnisse liegen wird, da die Zahl der unterstützten Arbeitslosen unter der Zahl der tatsächlich Arbeitslosen liegt.

Führen wir diese Berechnung für Juli 1923 durch, erhalten wir eine relative Arbeitslosigkeit von 9.4%. Nach den Erhebungen über die Beschäftigung in den Hauptzweigen des Wiener Industriegebietes im gleichen Zeitpunkt stellt sich dieselbe auf 13.2%. Die letztere, die den tatsächlichen Verhältnissen recht nahe kommt ist um $^1/_3$ höher als die erstere. Derselbe Unterschied zeigt sich auch, wenn wir die Berechnung für die Metallarbeiter gesondert durchführen. Nach der Statistik des Metallarbeiterverbandes betrug die relative Arbeitslosigkeit Ende 1924 15.6%. Nach den Angaben über die Berufsangehörigen und die unterstützten Arbeitslosen in der Metallindustrie kommen wir blos auf 11.9%. Das erste Ergebnis ist also auch hier um $^1/_3$ höher. Wir glauben den tatsächlichen Verhältnissen sehr nahe zu kommen, wenn wir die relative Arbeitslosigkeit aus der oben angegebenen Zahl der Berufsangehörigen und der Zahl der unterstützten Arbeitslosen ermitteln und dieses so gewonnene Ergebnis um $^1/_3$ erhöhen.

Relative Arbeitslosigkeit in Prozenten.

Ende des Monates	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Jänner . . .	10.1	2.2	4.9	23.6	17.5	27.5
Februar . . .	9.0	2.1	6.3	24.5	18.4	27.8
März	7.8	1.3	6.2	22.4	15.6	
April	6.6	1.3	6.4	19.3	12.0	
Mai	2.8	1.4	5.6	15.7	10.1	
Juni	3.2	1.4	4.8	13.6	9.2	
Juli	3.4	1.6	4.5	12.8	9.7	
August . . .	3.3	1.6	4.5	12.3	10 8	
September .	2.8	1.6	5.5	11.5	11.3	
Oktober . .	2.1	1.5	8.5	11.0	13.1	
November .	2.2	1.2	13.2	11.3	16.9	
Dezember . .	2.4	2.4	17.2	14.4	22 6	
Durchschnitt	4.6	1.6	7.3	16.0	13.9	

*Friedr. Hertz: Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit a. a. O.

Der andere Produktionsfaktor, dessen stärkere oder geringere Anspannung eine Zu- oder Abnahme der industriellen Produktion zur Folge hat, ist das Produktivkapital. Während die Anspannung des Produktionsfaktors Arbeit vor allem aus den Schwankungen der Beschäftigungslosigkeit ersichtlich ist, ergibt sich die Anspannung des Produktionsfaktors Kapital vor allem aus der Ausnützungsdauer. Die Ausnützungsdauer des Kapitals ist bei dem heutigen Stande der Statistik nicht erfassbar. Wir müssen uns daher nach Hilfsmittel umsehen, die statistisch erfasst worden sind und von der Ausnützungsdauer beeinflusst werden.

Der Produktionsapparat braucht zu seinem Betriebe eine Kraft, die teilweise von Menschen, teilweise von Naturkräften, größtenteils aber von Mineralien geliefert wird. Steigt die Ausnützungsdauer, dann muss auch die Belieferung mit Kraftmitteln steigen. Der größte Teil der Kraftmengen wird von der Kohle geliefert, und daher ist deren Produktion und Konsumtion so charakteristisch für den Gang des Wirtschaftslebens. In diesem Zusammenhange kommt es uns nur auf den inländischen Verbrauch der Kohle an. Hierbei ist natürlich in Betracht zu ziehen, daß große Kohlenmengen nicht als Rohstoff Verwendung finden, sondern direkt konsumiert werden, wie beim Hausbrand, andere Mengen zwar als Rohstoff, aber nicht als industrieller, verwendet werden, wie beim Verkehr und in geringeren Mengen auch bei der Landwirtschaft. Daher hat für uns der vom Ministerium für Handel und Gewerbe errechnete Kohlenverbrauch der Industrie allein, nach Ausscheidung des Verkehrs, der Landwirtschaft und des Hausbrandes, die größte Bedeutung.

*Verbrauch der Industrie an Brennstoffen:

Monate	1920	1921	1922	1923	1924
Jänner			331.250	244.870	347.684
Februar			285.475	285.177	343.194
März			407.447	239.991	322.468
April			318.087	240.104	253.118
Mai			319.614	248.757	258.949
Juni			290.536	246.131	220.464
Juli			311.211	287.404	230.545
August			326.247	270.143	237.581
September			322.887	226.215	248.534
Oktober			311.878	265.016	250.008
November			251.195	298.016	
Dezember			253.543	299.622	
Summe	2,388 000	3,091.000	3,729.370	3,124.446	
Durchschnitt	199.000	257.583	310.780	260.370	

Auffallend sind hier die großen monatlichen Schwankungen. Während die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einer ziemlich geraden Linie verlauft, zeigen die Zahlen über den monatlichen Kohlenverbrauch eine starke Zick-Zack-Bewegung. Dies hängt einmal mit den besonderen Verhältnissen des Kohlenmarktes zusammen, die wiederum bestimmt werden von der voraussichtlichen Tarif-,

* Statist. Nachrichten 1924, 1925.

Preis- und Zollpolitik. Denn die hier wiedergegebenen Zahlen geben nur die Anschaffungen der Industrie, nicht aber deren tatsächlichen Verbrauch an. Die zweite Unvollkommenheit besteht darin, daß das Ministerium für Handel und Gewerbe alle Kohlenarten einfach zusammenadiert hat, ohne auf die Heizkraft der verschiedenen Kohlenarten Rücksicht genommen zu haben.

Betrachten wir die jährlich verbrauchten Kohlenmengen, so bemerken wir ein Ansteigen bis 1922, dann einen Rückgang im Jahre 1923 und ein Wiederansteigen im Jahre 1924. Beim Vergleiche mit der Arbeitslosigkeit ist zu bemerken, daß der Höhepunkt des Kohlenverbrauches im Jahre 1922 liegt, wogegen aus der Statistik der Arbeitslosigkeit zu schließen ist, daß der Konjunkturhöhepunkt im Jahre 1921 liegt. Ja der Kohlenverbrauch im Jahre 1921 liegt sogar unter dem des Krisenjahres 1923. Der relativ so tiefe Stand im Jahre 1921 ist auf die noch herrschende Kohlenknappheit zurückzuführen, da in diesem Jahre noch die Kohlenausfuhr aus den Nachbarstaaten Beschränkungen unterlag. Der uns zu schwach scheinende Rückgang des Kohlenverbrauches im Krisenjahre 1923 hatte wiederum andere Ursachen. Die einzelnen Industriezweige brauchen verschieden große Kohlenmengen, sie haben aber auch nicht gleichmäßig unter der Krise gelitten. Im Jahre 1923 hatte ein Industriezweig, aus Gründen, auf die wir noch zurückkommen werden, Hochkonkunktur. Es war dies ein Industriezweig, der große Kohlenmengen benötigt, nämlich die Eisenindustrie. Nach einer Zusammenstellung des Ministeriums für Handel und Gewerbe betrug der Kohlenverbrauch der Eisen- und Metallindustrie allein 1,408.415 t, also fast 15% des gesamten Kohlenverbrauches*. Dabei steckt noch im Posten Bergbau- und Hüttenwesen mit 414.840 t ein großer Teil Kohle, die für die Eisenerzeugung verwendet wird. Eine Hochkonjuktur der Eisenindustrie mußte also starken Ausdruck im gesamten Kohlenverbrauch der Industrie finden. Und wir sehen auch, daß der Kohlenverbrauch der Eisenindustrie im Jahre 1924 um 211.764 t niedriger ist als im Jahre 1923, d. s. 6.7% des gesamten industriellen Kohlenverbrauches im Jahre 1923.

Um aus den verbrauchten Kohlenmengen auf die Konjukturentwicklung schließen zu können, ist es vorteilhafter die vierteljährlich verbrauchten Kohlenmengen zu betrachten, da der jährliche Kohlenverbrauch die Schwankungen innerhalb des Jahres nicht zeigt und der monatliche Kohlenverbrauch zu sehr von den besonderen Verhältnissen des Kohlenmarktes beeinflußt wird.

Vierteljährlicher Verbrauch der Industrie an Kohle:

Vierteljahr	1922	1923	1924
I.	1,024.172	743.038	1,013.346
II.	928.237	734.992	732.531
III.	960.345	783.762	716.660
IV.	816.616	862.654	

Der stärkere Verbrauch im ersten Viertel des Jahres 1922 ist die Folge der Kälte, denn die für den Hausbrand in den Betrieben verwendete Kohlenmenge erscheint ebenfalls als industrieller Verbrauch. Im zweiten Vierteljahre ist der Kohlenverbrauch unter dem des dritten Vierteljahres. Auch die Arbeitslosigkeit ist im zweiten Vierteljahr größer als im dritten. Das vierte Vierteljahr zeigt trotz

* s. Tabelle auf S. 34

Anbruches des Winters einen Rückgang. Das folgende Vierteljahr zeigt ein weiteres Sinken, der Tiefstand wird aber erst im zweiten Viertel des Jahres 1923 erreicht. Die unterstützten Arbeitslosen erreichen ihren Höhepunkt bereits im Februar 1923, die Andrangziffer in Dezember 1922. Die Verschiedenheit in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit einerseits und des Kohlenverbrauches anderseits erklärt sich daraus, daß der Kohlenverbrauch in den Wintermonaten gewöhnlich größer ist, während die Arbeitslosigkeit im Winter steigt. Die erster zeigt daher einen zu günstigen, die letztere einen zu ungünstigen Gang der Entwicklung an. Im zweiten Viertel des Jahres 1923 setzt das Steigen im Kohlenverbrauch wieder ein. Das letzte Viertel des Jahres 1923 und das erste Viertel des Jahres 1924 zeigen wiederum die durch den Winter übliche Anspannung. Bemerkenswert ist nur, daß der Verbrauch im letzten Viertel des Jahres 1923 schon über dem des letzten Viertels des Jahres 1922 liegt. Der Verbrauch im ersten Viertel des Jahres 1924 ist weit über dem im ersten Viertel des Jahres 1923 und fast gleich so hoch, wie der im ersten Viertel des Jahres 1922. Die Arbeitslosigkeit hingegen ist im ersten Viertel des Jahres 1924 weit höher als im ersten Viertel des Jahres 1922. Ziehen wir noch den Kohlenverbrauch im zweiten Viertel des Jahres 1924 in Betracht, der weit unter dem der beiden Vorjahre liegt, dann ergibt es sich, daß im ersten Viertel des Jahres 1924 Kohlenmengen angeschaft worden sind, die erst im zweiten Viertel des Jahres 1924 verbraucht worden sind. Tatsächlich war gerade zu dieser Zeit eine Tariferhöhung angekündigt, vor dessen Inkrafttreten sich die Industrie noch stark eindecken wollte. Das dritte Viertel des Jahres 1924 zeigt ebenfalls einen tieferen Stand als die beiden Vorjahre. Die neue Krise drückt sich schon im Kohlenverbrauche aus. Bemerkenswert ist hier, daß sie in den Zahlen über den Kohlenverbrauch früher zum Ausdruck kommt, als in den Zahlen über den Arbeitsmarkt. Der Grund hiefür liegt in der Entwicklung des Geldmarktes. Die Krise Ende 1922 hatte keine allzugroße Erschütterung des Geldmarktes im Gefolge, die zweite Krise nahm hingegen von der Börsenkrisis ihren Ausgang. Kohle wird vom Betriebskapital angeschafft und da dieses in der zweiten Krise viel knapper war, waren die Anschaffungen von Kohle viel schwächer als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1922. Hinzu kam noch die Vertrauenskrise als Folge der Geld- und Kreditkrise, die den Warenkredit stark einschränkte. Und schließlich wurde der Kohlenverbrauch im Jahre 1924 noch vermindert durch den Ausbau der Wasserkräfte.

Ein zweiter Maßstab für die Leistung der Produktionsmittel ist der Umfang der Neueinstellung, die Investition. Gewöhnlich wird sie durch die Größe der Ausnützung der vorhandenen Produktionsmittel bedingt, obzwar auch hier die Einkommengestaltung eine Rolle spielt. In Zeiten stark sinkenden Geldwertes kommen dann noch andere Umstände hinzu, die auch bei geringer Ausnützung des vorhandenen Produktivkapitals, die Schaffung neuer Produktionsmittel verursachen. Hierher gehört der Drang nach Werterhaltung als Reaktion auf die Geldentwertung, der so stark sein kann, daß alle andern Erwägungen in den Hintergrund gestellt werden. Welches auch die Gründe der stärkeren Investition sein mögen, ist es doch nicht zu bezweifeln, daß der Unternehmer versuchen wird, die neu geschaffenen Produktionsmittel in Tätigkeit zu setzen, sei es um die Produktion zu vermehren, oder aber, bei Absatzrückgang, die menschliche Arbeit zu verdrängen.

Über die Wirkung der Inflation auf die Erhaltung oder Vergrößerung des Produktionsapparates sind die Meinungen geteilt. Die eine Ansicht geht dahin,

daß die Inflation eine Wertvernichtung mit sich bringe, ein Raubbau sei, da die Erneuerung mit der Abnützung nicht Schritt halte, die andere wiederum stellt fest, daß die Inflation eine Investition über die Abnützung hinaus verursache.

Richlinien für die Gestaltung der Investitionen sind in normalen Zeiten die Emissionen und die Bilanzen der Aktiengesellschaften. Beide sind aber in Zeiten starker Geldwertschwankungen nur dann zu verwerten, wenn es gelingt, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, da sie sonst die Summe ungleichwertiger Größen sind. Bei den Bilanzen ist eine solche Umrechnung einfach unmöglich, da über den Zeitpunkt der Investitionen nichts angegeben wird. Die Emissionen sind mehrfach umgerechnet worden, doch sind diese Berechnungen mit sehr viel Vorbehalt aufzunehmen. Am entsprechendsten scheint uns die Berechnung von M. Ludovici zu sein.

*Kapitalerhöhungen in 1.000 Goldkronen nach M. Ludovici:

	1920	1921	1922	1923
Banken, Versicherung und Industrie	74.437	21.527	81.750	102.201

Nach dieser Aufstellung zu schließen, wäre die Investition in der Inflation geringer als in der Stabilisierungsperiode. Allerdings schließen die Berechnungen nach dem Goldwerte einen großen Fehler in sich, da der Dollarkurs während der Inflation der inneren Preisentwicklung stark vorauseilt. Dem inneren Werte nach sind daher die in der Inflation emittierten Beträge viel höher gewesen. Aber selbst wenn die Umrechnung der emittierten Summen ohne Fehlerquellen möglich wäre, können wir aus ihnen nicht so ohne weiters auf die Entwicklung der Investition schließen, wie dies in normalen Zeiten möglich ist. Denn in der Inflation treten die auf dem Kapitalmarkte aufgenommenen Kapitalien in den Hintergrund gegenüber den Investitionen aus dem Unternehmergewinn. Ausserdem wird in der Inflation auch ein Teil des bisherigen Betriebskapitales investiert, der infolge der gesteigerten Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und der geringeren Kassenhaltung entbehrlich wurde. Die Mittel zur Investition stammten in der Inflation zum größten Teile aus dem Unternehmungskapital und aus den Unternehmergewinnen. — Es kommt aber noch hinzu, daß die auf dem Kapitalmarkte in den verschiedenen Perioden aufgenommenen Kapitalien eine verschiedene Verwendung erfuhren. Die Form ihrer Aufnahme ist nicht immer maßgebend, nur ihr Verwendungszweck. **Da nun in der Inflation bedeutende Teile des Betriebskapitales investiert wurden, deren Mangel sich besonders schart nach der Stabilisierung des Geldwertes fühlbar machte, dienten die in der Nachstabilisierungsperiode aufgenommenen Kapitalien mehr der Ergänzung der Betriebskapitalien, als der Neueinstellung von Produktionsmitteln. Es wurden in der Inflation demnach Investitionen gemacht, für die die Mittel erst nachträglich, in den folgenden Jahren, vom Kapitalmarkte beansprucht wurden.

Die Frage der stärkeren oder schwächeren Investition während der Inflation kann nur aus der Entwicklung des Unternehmereinkommens beantwortet

* „Berichte aus den neuen Staaten" 1924 S. 112.
** Herberth von Beckerath, Geld und Kapitalmarkt. a. a. O.

werden. Wir sind bei der gesonderten Untersuchung über die Gestaltung des Einkommens und der Einkommensverwendung zu dem Schluße gekommen, daß das reale Unternehmereinkommen in der Inflation sowohl absolut als auch relativ gestiegen ist. Und daraus müßen wir schließen, daß die Investitionen in der Inflation relativ größer waren. In dem vom Verein für Sozialpolitik veranstalteten Sammelwerk über die Wirkungen der Inflation in Deutschösterreich kommt auch der Herausgeber, Julius Bunzel, zu folgendem Ergebnis: *„Indessen wurden später (nach dem Kriege), nicht nur die neuen Betriebe mit modernen Maschinen versehen, sondern auch die Maschinen der alten Fabriken vielfach erneuert und verbessert, neuzeitliche Kraft- und Wärmezentralen eingerichtet und wo es nur möglich war, die elektrische Kraft ausgenützt. Man glaubt daher den industriellen Apparat allgemein gegenwärtig (1924) loben zu können . . Dagegen schrumpfte das Betriebskapital der industriellen Unternehmungen stark zusammen".

Den Tatsachenbeweis dafür müssen wir, nachdem die Emissionsstatistik sich als unzulänglich erwiesen hat, anderwärts erbringen. Bei einigen Industriezweigen ist der gesamte Maschinenapparat erfaßt worden. So z. B. hat das Bundesamt für Statistik die wichtigsten Einrichtungen des Bergbaues in den Jahren 1920 bis 1923 veröffentlicht. Wir geben die Tabelle im folgenden wieder und berechnen daraus die jährlichen Zunahmen.

**Werkeinrichtungen im Bergbau 1920—1923:

Werkeinrichtungen	1920	1921	Zu- oder Abnahme	1922	Zu- oder Abnahme	1923	Zu- oder Abnahme
Dampfkessel Zahl .	269	280	- 11	275	- 5	232	- 43
Heizfläche m² .	16.164	17.612	1.148	18.502	890	15.018	-3.484
Dampfmasch. Zahl .	193	206	13	209	3	192	17
P. S. .	30.988	27.880	-3.108	36.113	8.233	36.650	537
Lokomotiven Zahl .	212	223	11	248	15	257	9
Verbrennungsmasch. Zahl .	38	40	2	61	21	61	0
P. S. .	2.658	1 292	-1.366	8.476	7.184	10.540	2.064
Wasserräder und Turbinen Zahl . .	124	112	- 12	136	24	111	- 25
P. S. .	9.427	11.185	1.758	11.158	- 27	11.940	782
Elektr. Stromerz. u. Umformer Zahl .	153	183	30	187	4	171	- 16
K. W. .	21.447	24.379	2.932	28.763	4 348	29.133	370
Elektr. Spannungswandler Zahl .	250	305	55	378	73	430	52
K. W. .	16.486	23.640	7.154	31.402	7.762	47.268	15.866
Elektr. Motor. Zahl .	1.220	1.363	143	1.524	161	1.543	19
P. S. .	30.575	33.417	2.842	42.804	9.387	41.396	1.508
Elek. Lokomot. Zahl	46	59	13	62	3	77	15
Luftpresser-m³ Min Zahl .	110	140	30	151	11	165	14
P. S. .	1.251	2.125	874	4.668	2.543	4.953	285
Förderlänge d. Bahnen in Metern:							
Lokomotivbahnen .	222.980	259.288	27.308	407.378	157 090	407.691	313
Seilbahnen	35.149	18.683	-16.466	28.707	10.024	37.866	9.159
Kettenbahnen . . .	2.240	550	-2.310	925	- 375	885	- 40
Schwebebahnen . .	31.282	47 929	16.647	49.569	1.640	66.141	16.572
Tiefbohreinrichtungen Zahl .	56	55	- 1	65	10	64	- 1

* Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf das soziale Leben. Schr. d. V. f. S. Bd. 169.
** Statist. Handbuch IV, S, 42.

Betrachten wir weniger die Zunahme der Zahl als die der Leistungsfähigkeit, dann finden wir, daß das Jahr 1922 bei weitem die anderen Jahre überragt. Mit einer einzigen Ausnahme zeigen alle Maschinen und Apparate in diesem Jahre eine starke Zunahme gegenüber dem Vorjahre. Von den beiden Jahren 1921 und 1923 zeigt das erstere die stärkere Zunahme. Die Investition nahm also 1921 zu, erreichte im folgenden Jahre ihren Höhepunkt und sank i. J. 1923 unter die beiden Vorjahre herab.

Es ist natürlich, daß dieses Ergebniß zu sehr von den speziellen Verhältnissen des Bergbaues abhängt. Deshalb ist es auch gut, die Investition in anderen Industriezweigen zu verfolgen. Das Bundesamt für Statistik hat auch eine Zusammenstellung der Maschinen in der Papierindustrie in den Jahren 1921 und 1922 gemacht.

Maschinen in der Papierindustrie 1921/1922:

Maschinen	1921	1922	Erfolgte Zunahme
Holzschleifapparate	257	285	28
Pappemaschinen	388	405	17
Zellulose-Kocher	66	107	41
Papiermaschinen	105	104	-1
Kalander und sonstige Arbeitsm.	905	1.580	675
Zusammen	1 721	2.481	760
Pferdekräfte	77.985	112.414	34.429

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die Leistungsfähigkeit der Maschinen der Papierindustrie von 1921 auf 1922 um nicht weniger als um 44.2% gestiegen ist.

Ein Merkmal für die starke Investition im allgemeinen bieten uns die Berichte der Gewerbeinspektoren über die unfallversicherungspflichtigen und fabriksmässigen Betriebe. Gewerbliche unfallversicherungspflichtige Betriebe sind in Deutschösterreich solche, die zumindest einen Motor in Betrieb haben. Um zu den fabriksmäßigen gezählt zu werden, müßen sie noch außerdem mindestens 20 Arbeiter beschäftigen.

*Stand zu Ende jedes Jahres:

Ende	1919	1920	1921	1922	1923	Zunahme 1920	Zunahme 1921	Zunahme 1922	Zunahme 1923
Unfallversicherungspflichtige Betriebe	56.189	57.149	60.311	61.287	62.972	960	3.162	1.376	1.385
Fabriksmäßige Betriebe	6.283	6.391	6.915	7 419	7.645	98	524	504	226

Wenn auch die Vermehrung sowohl der fabriksmäßigen als auch der unfallversicherungspflichtigen Betriebe nicht unbedingt durch Neugründungen entstanden sein muß, sondern sich auch aus der Vergrößerung bereits bestehender Unternehmungen ergeben kann, so ist sie doch nur durch Vergrößerung des Produktionsapparates möglich gewesen. Daher ist diese Tabelle als Gradmesser für die Investition verwendbar. Auch hier ergibt sich eine starke Zunahme in

* Statist. Handbuch II. III. IV. V.

den Jahren 1921 und 1922. Allerdings ist hier, gegenüber der Statistik über den Bergbau, die Zunahme im Jahre 1921 etwas größer als im Jahre 1922. Wahrscheinlich hat es sich in diesen Zahlen schon ausgewirkt daß die letzten drei Monate d. J. 1922 schon Krisenmonate waren.

Vergleichen wir abschliessend die Anspannung des Produktionsapparates und des Arbeitsmarktes auf Grund der angeführten Statistiken. Der Hauptunterschied zwischen beiden liegt in zweierlei. Nach der Arbeitslosigkeit zu schließen, müßte das günstigste Jahr das Jahr 1921 gewesen sein, nach dem industriellen Kohlenverbrauch und teilweise nach der Stärke der Investitionen hingegen das Jahr 1922. Der Kohlenverbrauch war 1921 kleiner als 1922. Obwohl hier einige spezielle Momente wirksam waren, - Kohlenmangel 1921 - ist der Unterschied gegenüber den Arbeitsmarktverhältnissen doch so groß, daß auch andere Ursachen wirksam waren. So ist es bekannt, daß die Ausnützung der Arbeitskräfte einer Volkwirtschaft nicht paralell gehen muß, mit derAnspannung der Produktionsmittel, da die Arbeit oft durch Kapital substituiert wird. Wir haben vorhin festgestellt, daß die Investitionen in den beiden Jahren 1921 und 1922 groß waren. Für den Unternehmer bestand nun der Anreiz die schon stehenden Anlagen in Betrieb zu nehmen, da doch die Auslagen für ihre Einrichtung bereits gemacht waren, während die Arbeitskraft immer laufend bezahlt werden mußte. Im Jahre 1922 wurden daher mehr Produktionsmittel betrieben als im Jahre vorher. Der Unternehmer als Besitzer des Produktivkapitals war bestrebt, das Risiko der Beschäftigungslosigkeit auf den Arbeiter als Besitzer der Arbeitskraft abzuwälzen, d. h. so weit es eben ging, die Produktionsmittel weiter arbeiten zu lassen, die Arbeiter aber zu entlassen. Daher wirkte sich auch der Rückschlag Ende 1922 viel stärker auf dem Arbeitsmarkte aus.

Stärkere Produktion hat größeren Warenumlauf zur Folge. Daher muß sich auch der Gang der Produktion im Steigen und Fallen des Warenumlaufes zeigen. In normalen Zeiten bediente man sich zur Feststellung der Veränderungen des Warenumlaufes vornehmlich der Entwicklung des Zahlungsverkehrs. Ein stärkerer Warenumsatz hat stärkere Inanspruchnahme von Zahlungsmittel zur Folge. In der Inflation unterliegen jedoch die Zahlungsmittel gewaltigen Änderungen infolge der Geldwertbewegung und der Schwankungen in der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, so daß wir aus dem Zahlungsverkehr keine Schlüsse auf den Umfang des Warenverkehrs ziehen können. Wir müßen auch hier solche Maßstäbe wählen, denen die Geldentwertung direkt keinen besonderen Stempel aufdrückte. Wir finden sie in den Zahlen über den Lastenverkehr der Bahnen und über den Verkehr in den Lagerhäusern.

*Lastenverkehr der Eisenbahnen in den Jahren 1921—1923:

	1921	1922	1923
Gesamtlasttonnenkm.	8,643.222	6,900.754	5,970.000
Nutzlasttonnenkm.	—.—	3,194.793	2,777.578

Die Bedeutung der Zahlen über den Güterverkehr wird dadurch eingeschränkt, daß sie den Transitverkehr mitenthalten, der für Deutschösterreich ziemlich bedeutend ist und daher durch seine eigene Bewegung die Gesamtbewegung beeinflußt. Nach einer Nachfrage der Generaldirektion der Bundesbah-

* Statist. Handbuch II. III. IV. V.

nen bei den einzelnen Direktionen betrugen i. J. 1923 bei einer Gesamteinnahme von 2,195.840 Mill., die Einnahmen aus dem Durchzugsverkehr 208 900 Mill., demnach 10%. In der Zahl über die beförderten Gütertonnen wird dieses Verhältnis größer als 10% sein, da doch die Güter im Durchzugsverkehr größere Strecken befördert werden, was bei der Staffelung der Tarife in den Geldeinnahmen nicht so zum Ausdruck kommt. Leider haben wir für die andern Jahre keinen Anhaltspunkt über die Entwicklung des Transitverkehrs, doch hat die Inflation und die durch sie verursachte starke Verbilligung der Tarife den Durchzugsverkehr sehr gesteigert.

Über die Entwicklung des Verkehrs in den Lagerhäusern gibt uns die Statistik des Lagerhauses der Stadt Wien Aufschluß. Die durchschnittliche Tagesbewegung in Waggons zu 1.000 kg betrug in den entsprechenden Jahren*

1919 . . . 179
1920 . . . 216
1921 . . . 302
1922 . . . 262
1923 . . . 170

Nach dieser Statistik wäre das Jahr 1921 das günstigere. Das sagt aber noch nicht aus, daß in diesem Jahre auch der Höhepunkt der Konjuktur lag, denn wir dürfen nicht daran vergessen, daß dies Jahresziffern sind und daß daher der Rückgang in den letzten Monaten des Jahres 1922 das Gesamtergebnis dieses Jahres stark beeinflußt. Nach unserer Statistik ist der Tagesumsatz i. J. 1922 um 13% tiefer als i. J. 1921. Scheiden wir das letzte Vierteljahr 1922 aus, dann verschiebt sich das Bild beträchtlich.

Nach den Statistischen Nachrichten 1923 I. betrug die Güterbewegung im Wiener Lagerhaus in Tonnen nach Vierteljahren**

1922:

	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.
Eingelagert t.	78.705	74.007	63.028	46.802
Ausgelagert t.	81.132	65.643	78.185	51.901
Gesamtumsatz	159.837	139.650	141.213	98.703

Die drei ersten Viertel d. J. 1922 zeigen einen Gesamtumsatz von 440.700 t gegenüber einem Jahresumsatz von 539.403 t d. i. also 81.7% des Jahresumsatzes. Der durchschnittliche Tagesumsatz berechnet aus dem Jahresergebnis ist 1.477 t. Berechnet man den Tagesumsatz der drei ersten Vierteljahre, also bei Ausschluß der drei Krisemonate, erhalten wir einen durchschnittlichen Tagesumsatz von 1.621 t d. i. um 9.7% höher. Nehmen wir denselben Prozentsatz für die durchschnittliche Tagesbewegung in Waggons zu 1.000 kg an, dann würde sich derselbe in den ersten drei Vierteln des Jahres 1922 auf 287 t belaufen haben. Also nurmehr um 4.9% weniger als im Gesamtjahr 1921. Das Jahr 1921 war demnach das günstigere, der Rückgang in den ersten drei Vierteln des Jahres 1922 war aber nicht bedeutend.

Der allgemeine Gang der österreichischen Produktion war demnach folgender: Behinderung der Steigerung der Produktion in der ersten Nachkriegs-

* Julius Bunzel a. a. O.

** Statist. Nachrichten 1923 I.

zeit durch Rohstoffmangel der Weltwirtschaft. Nachdem dieser verschwindet (Ende 1920) kommt die Inflation als produktionssteigernde Kraft zur Auswirkung. Die Produktion nimmt rasch zu, erreicht schon im nächsten Jahre (1921) ihren Höhepunkt, erleidet im Jahre 1922 einige Schwankungen. Anfang 1922 sinkt sie, im Mai nimmt sie wieder bis September zu. Dann erfolgt der Rückschlag, Höhepunkt der Krise ist im Dezember 1922, von da ab Zunahme der Produktion, Ubergang in die Depression. Allmähliche Abschwächung derselben im Laufe des Jahres 1923 und in der ersten Hälfte 1924. In der zweiten Hälfte 1924 Anzeichen eines neuerlichen Rückanges als Sympton für das Auftreten einer zweiten Krise im Herbst 1924.

Dieser Entwicklungsgang wird sich naturgemäss nicht in allen Zweigen gleichmäßig durchgesetzt haben. Es ist die Eigentümlichkeit der Wirtschaft, daß bei einer Änderung der allgemeinen Lage, eine Verschiebung in den Wirtschaftszweigen untereinander entsteht. Für die Volkswirtschaft ist es nun von entscheidender Bedeutung, in welchem Produktionszweig sich der Gang des Wirtschaftslebens am schärfsten ausgeprägt hat. Denn die starke Beschäftigung eines Produktionszweiges gibt an, welche Güter die Volkswirtschaft in dieser Zeit am meisten produzierte und verwendete. Für die Inflationszeit ist die Untersuchung nach Produktionszweigen besonders wichtig. Sie ist es, die uns darüber Aufschluß geben kann, ob die Produktionssteigerung zum Nutzen des Auslandes oder Inlandes geschah. Die Untersuchungen über den Gang der normalen Konjukturen des Wirtschaftslebens ergaben, daß die Hauptzunahme der Produktion in jenen Industrien erfolgt, die Produktionsmittel erzeugen. Es wird nun vielfach angenommen, daß der stärkste Anreiz für die Produktionssteigerung in der Inflation vom Auslande komme, und daß es das Ausland sei, welches den größten Teil der Mehrproduktion aufnehme. Wäre dies richtig, dann müßten größtenteils solche Güter erzeugt werden, bei denen die Produktionskosten der äußeren Geldentwertung am langsamstens folgen. Ist aber die stärkere Inanspruchnahme der Produktionsfaktoren dem eigenen Lande zu Gute gekommen, dann muß die innere Nachfragegestaltung, wie sie sich größtenteils aus der Einkommenverteilung ergab, die verschieden starke Entwicklung der einzelnen Produktionszweige verursacht haben.

Eine wichtige Voraussetzung bei Behandlung dieser Frage ist die Kenntnis der Gliederung der österreichischen Produktion, schon deswegen weil sich aus der Größe jedes einzelnen Produktionszweiges die Bedeutung ergibt, die seine Produktionssteigerung für die gesamte Wirtschaft hatte. Die Bedeutung eines Produktionszweiges für eine Volkswirtschaft kann von verschiedenen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Es kommt jedenfalls vor allem darauf an, wie groß die Anzahl der Betriebe und der darin beschäftigten Personen und wie hoch ihr Produktionswert ist. In Deutschösterreich gibt es keine Betriebs- und Berufszählung, auch keine Berechnung über den Produktionswert der einzelnen Industriezweige. Wir müßen daher auf die altösterreichischen Verhältnisse zurückgreifen. Von großem Wert ist hier die Berechnung, die das Bundesamt für Statistik auf Grund der gewerblichen und landwirtschafllichen Betriebzählungen vom Jahre 1902 gemacht hat. Es stellte nämlich fest, wie groß die Zahl der Betriebe der einzelnen Industrien und der darin beschäftigten Personen war, die damals auf dem Gebiete der heutigen Republik lagen. In Prozenten umgerechnet war der verhältnismässige Anteil Deutschösterreichs folgender:

*Gewerbliche Betriebe und darin tätige Personen nach Gewerbeklassen:

Industriezweige	Betriebe			darin tätige Personen		
	Deutsch-Österreich	Alt-Öster.	in % von Alt-Öster.	Deutsch-Österreich	Alt-Österr.	in % von Alt-Öster
Urproduktion .	1.580	20.88	0.63	27.490	15.07	2.7
Hüttenbetrieb .	40	63.49	0.01	1.939	22.46	0.19
Stein- u. Glasind.	4.761	13.73	1.89	53.244	22.56	5.2
Metallindustrie .	16.575	25.66	6.6	100.151	38.42	9.9
Maschinenind. .	9.031	28.67	3.6	66.999	39.73	6.6
Holz- u. Flechtind.	27.382	27.52	10.9	74.412	30.96	7.3
Kautschukind. .	125	55.56	0.05	3.666	80.22	0 36
Leder u. Federind.	4.483	32.50	1.7	16.406	36.66	1.6
Textilindustrie .	20.366	11.74	8.1	83.711	15.25	8.3
Tapeziergewerbe	1.463	51.86	0.5	3.811	56.62	0.38
Bekleidungsind.	89.170	30.49	35.6	187.673	34.91	18.7
Papierindustrie .	2.072	37.72	0.8	27.146	48.47	2.7
Nahrungsind. .	24.279	24.04	9.6	93.731	28.23	9.3
Gast- u. Schankg.	31.434	26.17	12.5	98.807	34.83	9.8
Chem. Industrie	2.470	29.31	0.9	20.177	35.70	2.0
Baugewerbe . .	12.613	26.51	5.0	124.868	38.74	12.4
Graph. Gewerbe	1.919	44.00	0.7	18.729	50.67	1.8
Kraftanlagen . .	204	48.23	0.08	2.196	46.94	0.21
Gew. i. Umherziehen	666	47.94	0.2	646	41.68	0.06
Erzeugungsgew.	250.633	24.83	100.—	21,005.801	30.18	99.3

Diese Gliederung, aus dem Jahre 1902 stammend, ist schon veraltet, da inzwischen Verschiebungen in der Industrie Alt-Österreichs stattgefunden haben. Daher ist es sehr vorteilhaft, eine in der Gegenwart durchgeführte Erfassung der Berufsgliederung heranzuziehen. Um nämlich einen Ersatz für die in dieser Richtung nicht ausgearbeitete Volkszählung zu haben, suchte das Bundesamt für Statistik die Berufsgliederung festzustellen, wie sie sich aus den Kollektivverträgen ergab. „Mangels . . . hat das Bundesamt für Statistik den Versuch unternommen, die von den kollektiven Arbeitsverträgen erfaßten Arbeitsnehmer beruflich zu gliedern, von dem Gedanken ausgehend, daß beim Geltungsbereich von Kollektivverträgen dadurch der größte Teil von Unselbstständig - Berufstätigen erfasst würde. Es werden nämlich auf Grund der Kollektivverträge in jedem Jahre an die Vertragskontrahenten Anfragen über die an den Verträgen beteiligten Betriebe und Arbeitnehmer gerichtet. Die Verarbeitung erfolgt dann jeweils für das laufende Kalenderjahr und gibt so ein Bild über die jährlich erfolgten Vertragsabschlüsse bzw. über die von Ihnen erfassten Arbeitsnehmer . . . Hiebei wurden für die Zwecke dieser Zählung zum weitaus größten Teile jene Daten verwendet, die aus dem Jahren 1920—1922 stammen, da sie wegen des hohen Beschäftigungsgrades dieser Jahre die Höchstzahl der in den letzten 5 Jahren Beschäftigten (also unter fast vollständigem Ausschluß der Arbeitslosen) darstellt. Daraus geht aber hervor, daß das Ergebnis dieser Zählung weniger ein Bild über die derzeitigen Berufstätigen, als vielmehr über die Berufsangehörigen gibt.“*

* Statist. Nachrichten 1924 Heft 5 S. 108 ff.

Fassen wir aus dieser Zusammenstellung die Erzeugungsgewerbe zusammen (mit Einschluß des Bergbaues und des Hüttenwesens) dann erhalten wir folgendes Bild*:

Die berufliche Gliederung der v. den Kollektivverträgen erfaßten Arbeitnehmer:

Berufsklassen	Zahl	%	Berufsklassen	Zahl	%
Berg- u. Hüttenwesen	48.882	5.9	Lebens- u. Genußmit.	60.937	7.4
Stein- u. Tonind. .	24 537	3.0	Gast- u. Schankgew.	35.659	4.3
Metall- u Maschinen	188.532	23.0	Chem. Industrie . .	26.788	3.2
Holz- u. Schnitzw. .	70.946	8.6	Baugewerbe . . .	140.541	17.1
Gummiindustrie . .	5.660	0.6	Graph. Industrie . .	25.683	3.1
Ind. i. Leder u. Häuten	13.166	1.6	Elektrizitätswerke .	3.209	0.4
Textilindustrie . .	67.476	8.3	Bekleidungsindustrie	75.644	9.3
Papierindustrie . .	30.060	3.6	Alle Erzeugungsgew. Zus.	817.660	98 5

Die gegen 1902 niedrigere Zahl aller in den Erzeugungsgewerben Beschäftigten ergibt sich aus dem Umstande, daß die erstere alle in den Berufszweigen tätigen Personen, die letztere nur die Unselbstständigen Berufstätigen, durch Kollektivverträge erfaßten Arbeitnehmer umfaßt. Heimarbeiter, höheres Personal und Selbstständige erscheinen demnach nicht in dieser Tabelle. Beim Vergleich beider Statistiken ergeben sich aber noch andere Unterschiede, die nicht durch das Fehlen der Heimarbeiter und der Selbstständigen erklärt werden können, sondern die eine Veränderung dieser Produktionszweige zur Ursache haben. So vor allem in der Metallindustrie. 1902 betrugen alle in ihr beschäftigten Personen 167.159, ihr verhältnismässiger Anteil war 15.5%; 1920—1924 lauten die entsprechenden Zahlen 188.500 und 23.0%. Ebenso beim Baugewerbe, dessen Anteil nach der ersten Statistik 12.4%, nach der zweiten 17.1% betrug; die absoluten Zahlen waren 124.868 und 140.541. Die starke Abnahme der Bekleidungsindustrie und des Gast- und Schankgewerbes erklärt sich aus dem vorerwähnten Umstande, daß die zweite Statistik die Heimarbeiter und die selbstständigen Berufstätigen nicht erfasst, die gerade in diesen beiden Zweigen sehr bedeutend sind. In der letzten Statistik steht daher das Gast- und Schankgewerbe und die Bekleidungsindustrie an einer Stelle, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. In Wirklichkeit ist die Zahl der in diesen beiden Berufszweigen Beschäftigten eine verhältnismässig größere als in der Statistik zum Ausdruck kommt. Ihre Bedeutung wird daher größer sein.

Die Anzahl der in den einzelnen Industriezweigen beschäftigten Personen als Kriterium für deren Bedeutung für die Volkswirtschaft verwendet, würde uns folgendes Bild von der Wichtigkeit der einzelnen Industrien geben: 1. Metall- und Maschinenindustrie, 2. Bekleidungsindustrie, 3. Baugewerbe, 4. Gast- und Schankgewerbe, 5. Nahrungsmittelindustrie, 6. Textilindustrie, 7. Bergbau- und Hüttenwesen, 8. Papierindustrie, 9. Holzindustrie, 10. Chemische Industrie, 11. Graphische Industrie, 12. Stein- und Tonindustrie, 13. Industrie in Leder und Häuten, 14. Gummiindustrie, 15. Elektrizitätswerke.

Die Zahl der in den einzelnen Industriezweigen Beschäftigten kann uns aber noch nicht die wahre Bedeutung der einzelnen Produktionszweige für

* Statist. Nachrichten 1925 Nr. 3, S. 48ff.

die Volkswirtschaft angeben, da sie im wesentlichen eine Folge der verschiedenen Organisation der einzelnen Industriezweige sein kann. Lohnintensive Betriebe haben naturgemäss eine größere Zahl von Beschäftigten als kapitalintensive können aber trotzdem in ihrer Bedeutung hinter letzteren zurückstehen.

Wichtigstes Kriterium für die Bedeutung eines Industriezweiges ist nicht die Zahl der darin Beschäftigten, sondern der Nutzen, den die Wirtschaft aus diesem Produktionszweig zieht, bezw. ziehen kann, der Produktionswert des betreffenden Industriezweiges. Weniger der Rohproduktionswert als der Reinproduktionswert. Denn erst der letztere zeigt uns den Wertzuwachs, den die Güter durch die Bearbeitung in dem betreffenden Produktionszweig erhalten.

Fellner* hat in seiner hier schon einigemale zitierten Abhandluug den Produktionswert der einzelnen Industriezweige der altösterreichischen Produktion errechnet. Er stellte durch Kapitalisierung der in den einzelnen Industriezweigen gezahlten Löhne deren Rohproduktionswert fest. Von dem so gewonnen Rohpropuktionswert zog er die verwendeten Rohstoffe und Halbfabrikate ab, und ermittelte so den reinen Produktionswert der einzelnen Produktionszweige.

Deutschösterreich hat nur einen Teil der ehemaligen altösterreichischen Industrie übernommen, die Aufteilung war aber bei jedem Industriezweige verschieden. In dem Masse als der Produktionszweig auf Deutschösterreich überging, ging auch der Produktionswert auf Deutschösterreich über, denn die technische Organisation jedes Industriezweiges war in den einzelnen Ländern Alt-Österreichs nicht so verschieden, daß sie größere Differenzen ergeben hätte. Wir können also die von Fellner für die altösterreichische Industrie berechneten Produktionswerte auf die deutschösterreichisch gebliebene aufteilen. Als Aufteilungsquote nehmen wir die in den deutschösterreichischen Industrien Beschäftigten im Vergleiche zu den in den betreffenden altösterreichischen Industriezweigen Beschäftigten an. (Siehe Tabelle Seite 26).

Industriezweige	Altösterreich		Auflg. quote	Deutschösterreich	
	Rohproduktionswert	Reinproduktionsw.		Rohproduktionswert	Reinproduktionsw.
1. Metallverarbtde. Ind.	867,955.783	434,498.665	38 42	333,468.611	166,844.387
2. Erzeugung v. Masch.	859.820.439	520,191.366	39.73	341,602.660	206 672.049
3. I. i. Stein, Ton, Erde, Glas	561.797.517	365,168.387	22.56	126,741.519	71,381.977
4. Holz-Bein u. Flechtin.	446,766,569	342,036.539	30.96	138,318.929	105.894.512
5. Ind. in Leder, Gummi	410.065.285	47.230.521	36.66	150,329 933	17.324.778
6. Textilindustrie . . .	2,084,155.135	1,070,401,534	15.25	317,833 658	163,236.233
7. Bekleidungsindustrie	277,544.491	137,689.822	34.91	96,890.781	48.095 054
8. Papierindustrie . . .	293.863.624	172,086.539	48.47	142 435 698	83,410.354
9. Nahrungsmittelind. .	2.576,673.472	1,212,523.735	28 23	726,795.721	342 295.450
10. Chemische Industrie	558,314.255	307,649.212	35 70	199 288.189	109,830.768
11. Erz. v. Heiz u. Leuchtst. .	212,930 515	155,375.397	46 94	99,949.583	27,016.372

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich wiederum das starke Überwiegen der Metall- und Maschinenindustrie. Dann folgt die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Textilindustrie, die chemische Industrie, die Holzindustrie, die Papierindustrie, die Ton- und Steinindustrie, die Bekleidungs-

* Fellner „Das Volkseinkommen Österreichs und Ungarns" a. a. O. S. 570 u. 571.

industrie, die Erzeugung von Heiz- und Leuchtstoffen, die Lederindustrie. Das Bau-, Gast- und Schankgewerbe fehlen in dieser Aufstellung.

Die Ermittellung der Wichtigkeit der einzelnen Industriezweige ist deshalbnotwendig, weildiese die Bedeutung erkennen lässt, die die stärkere oder schwächere Konjuktur eines Produktionszweiges für die gesamte Wirtschaft haben muß. Es ist für die österreichische Volkswirtschaft sicherlich nicht gleichgiltig gewesen, ob die Konjuktur sich am stärksten in der Papier- oder in der Metallindustrie durchgesetzt hat.

Kehren wir nun zu der Frage zurück, welcher Produktionszweig in der Inflationskonjuktur die relativ stärkste Produktionssteigerung aufzuweisen hatte. Ist die Entwicklung der Inflationskonjuktur ähnlich der der normalen Konjukturen, dann werden die Produktionsmittelindustrien die stärkste Bewegung zeigen müssen. Gewinnt hingegen in der Inflation das Ausland, durch die ungleiche Entwicklung des inneren und des äusseren Geldwertes, eine große Bedeutung als Abnehmer der inländische Produkte, dann müssen diejenigen Industrien die größte Produktionszunahme zeigen, bei denen die Exportprämie am größten war, denn Industrien mit großen Exportprämien sind für die Ausfuhr am besten geeignet, da sie ihre Produkte im Ausland am billigsten absetzen können. Die Exportprämie inflationistischer Länder entsteht aus der für verschiedene Waren ungleichen Preissteigerung. Die in Geld ausgedrückten Kosten der inländischen Güter bleiben hinter dem Sturz des äusseren Geldwertes zurück.

Die Produktionskosten eines Gutes setzen sich nicht nur aus konstanten und variablen Kosten im Verhältnis zum Umfange der Produktion, sondern auch aus konstanten und variablen Kosten im Verhältnis zum Umfange der Geldentwertung zusammen. Es gibt Kostengruppen, die gemessen an den Wechselkursen, immer gleich bleiben, effektiv also konstant sind. Hierher gehören vor allem ausländische Güter, Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate. Diese effektiven Kosten bilden ihrer Natur nach keine Exportprämie. Je größer ihr Anteil an dem Produktionswert eines Gutes ist, umso geringer wird auch dessen Exportprämie sein.

Die im Verhältnis zum Umfange der Geldentwertung variablen Kosten teilen sich in drei Gruppen: in nominell gleichbleibende, effektiv aber sinkende, in nominell steigende, effektiv aber noch immer abnehmende und schliesslich in nominell und effektiv steigende.

Nominell gleichbleibende Kosten sind solche Geldausgaben, die von der Preissteigerung überhaupt nicht berührt werden, effektiv also in dem gleichen Masse sinken als die Wechselkurse steigen. Der Typus dieser Kostengruppe sind die in der entwertenden Geldeinheit zahlbaren Verpflichtungen aus Schulden, die in der Vergangenheit aufgenommen wurden, Schuldverschreibungen u. a.

Die zweite variable Kostengruppe nimmt nominell zu, bleibt aber hinter der Bewegung der Wechselkurse zurück. Daher wird sie, gemessen an den Wechselkursen, ebenfalls abnehmen; die Verminderung wird aber hier nicht so groß sein wie bei der ersten Gruppe. In diese Kategorie gehören die volks- und privatwirtschaftlich wichtigsten Kostengruppenelemente, der Arbeitslohn und die inländischen Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate.

Die dritte variable Kostengruppe spielt praktisch keine große Rolle. Wo sie aber demnoch auftritt, da vermindert sie die Exportfähigkeit einer Industrie. Sie führt zur Entstehung einer negativen Exportprämie, wenn man so sagen darf.

Die Exportprämie entsteht also nur aus den nominell gleichbleibenden und den nominell zunehmenden, effektiv aber abnehmenden Kostenelementen. Beide sind nun ihrerseits an der Bildung der Exportprämie in verschieden starkem Masse beteiligt. Es scheint, daß die nominell gleichbleibenden Kosten bei der Entstehung der Exportprämie stark gegen die zweite exportprämienbildende Kostengruppe zurückbleiben. Schon aus dem Grunde, weil in der zweiten Gruppe die wichtigsten Kosten stecken. Wären die nominell gleichbleibenden Kosten die für die Entstehung der Exportprämie ausschlaggebenderen, dann müßte die Exportprämie proportional der Wechselkurssteigerung zunehmen. Einem höheren Stande der Wechselkurse müßte auch eine höhere Exportprämie entsprechen. Und die letzten Phasen der Inflation, die die höchsten Wechselkurse aufweisen, müßten auch die größten Exportprämien zeigen.

Es hat sich aber in der Inflation keineswegs gezeigt, daß die Exportprämie immer größer wurde je weiter die Geldentwertung fortschritt. Ja es lässt sich sogar das Gegenteil feststellen, daß nämlich die Exportprämie in den letzten Phasen der Inflation nie so hoch war als in den ersten.

Aus all diesem ergibt es sich, daß die stärkste exportprämienbildende Kraft der zweiten variablen Kostengruppe, den nominell steigenden, effektiv aber sinkenden Kostenelementen zukommt. Die Exportprämie hängt demnach im wesentlichen davon ab, in welchem Grade der Arbeitslohn und die Preise der inländischen Güter der Wechselkurssteigerung zu folgen vermögen. Bleiben sie stark hinter letzterer zurück, dann wird die Exportprämie groß, im anderen Falle klein sein.

Die Preissteigerung der inländischen Güter geht nicht paralell mit der Entwicklung des Arbeitslohnes. Die Güterpreisbewegung haben wir bereits im ersten Kapitel behandelt. Die Entwicklung des Arbeitslohnes besprechen wir erst im folgenden Kapitel. Soviel sei aber jetzt schon vorausgesagt, daß der Arbeitslohn noch hinter der Steigerung des inländischen Preisniveaus zurückbleibt. Er hat während der ganzen Inflation die Tendenz, sich dem inneren Preisniveau anzupassen, ohne es aber je zu erreichen. Je länger die Inflation dauert und je weniger gewaltig die Preisänderungen sind, um so näher wird er dem inneren Preisniveau kommen; in der ersten Zeit der Inflation und bei plötzlichen starken Geldwertsenkungen wird er beträchtlich hinter dem Preisniveau zurückbleiben. Daraus aber, daß er immer hinter dem Preisniveau zurückbleibt, folgt, daß die Exportprämie am stärksten vom Arbeitslohn gebildet wird. Je lohnintensiver eine Industrie ist, umso größer wird ihre Exportprämie sein.

Die Preise der inländischen Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate passen sich den Weltmarktpreisen mehr an als der Arbeitslohn, weil hier die ausländische Nachfrage ausgleichend wirkt, während die ausländischen Preise für die Arbeitskraft den inländischen Lohn kaum beeinflussen. Aber auch die

Preisentwicklung dieser Waren untereinander ist nicht gleich. Wir haben leider für Deutschösterreich kein genügendes statistisches Material, um die Preisbewegungen der einzelnen Güterkategorien verfolgen zu können. Wir glauben aber, daß das Ergebnis zu dem W. C. Mitchell* in seiner Untersuchung über die Preisentwicklung im Laufe einer normalen Konjuktur kommt, auch hier angewendet werden kann; daß nämlich die Preise derjenigen Güter am schnellsten steigen, zu deren Erzeugung man am wenigsten Arbeit verwendet. Darnach ist also die Preisentwicklung der inländischen Rohstoffe den Preisen der Halb- und Fertigfabrikate vorausgeeilt; ihre exportprämienbildende Kraft war also geringer als die der letzteren.

Die Exportprämie der einzelnen Industriezweige ist indirekt proportional der Größe des Anteils der ausländischen in das Produkt eingehenden Stoffe und direkt proportional ihrem lohnintensiven Charakter und der Größe der in das Produkt eingehenden inländischen Güter. Je kleiner bei sonst gleichen Verhältnissen der Anteil der inländischen Rohstoffe im Vergleiche zu dem der inländischen Halb- und Fertigfabrikate ist, um so größer die Exportprämie.

Es besteht nach dem soeben gesagten die Möglichkeit, diejenigen österreichischen Industriezweige festzustellen, die die größte Exportprämie aufweisen mußten. Fellner gibt in seiner Untersuchung über das österreichische Volkseinkommen Angaben über den Produktionswert, den gezahlten Löhnen und den verbrauchten Rohstoffen der altösterreichischen Industriezweige. Wir haben seine Angaben in nebenstehender Tabelle zusammengefasst.

**Anteile der Löhne und Rohstoffe an dem Rohproduktionswerte:

	Löhne in % d. Rohproduktionswertes	Rohstoffe in %
Metallverarbeitende Industrie	15.41	49.94
Maschinenindustrie	22.10	39.50
Industrie in Steinen, Erden, Glas	30.71	35.00
Holz- und Beinindustrie	21.95	20 68
Industrie in Leder und Kautschuk	6.38	88.48
Textilindustrie	12.47	48.64
Bekleidungsindustrie	13.21	50.39
Papierindustrie	15.37	41.44
Nahrungsmittelindustrie	3.39	40 53
Chemische Industrie	9.48	56.70
Erzeugung von Heiz- und Leuchtst.	13.76	27.03
Vervielfältigungsindustrie	33.00	36.90

Die lohnintesivsten Industrien sind nach dieser Aufstellung die Industrie in Steinen, Erden und Glas, die Maschinenindustrie, die Holz- und Beinindustrie, die Metallverarbeitende Industrie und die Papierindustrie. Der Rohstoffverbrauch ist verhältnismässig am geringsten in der Holz- und Beinindustrie, in der Erzeugung von Heiz- und Leuchtstoffen, in der Industrie

* W. C. Mitchell a. a. O.
** Fellner a. a. O. S. 570.

von Steinen, Erden und Glas, in der Vervielfältigungsindustrie, in der Maschinenindustrie, in der Nahrungsmittelindustrie und in der Papierindustrie. Der Verbrauch an Rohstoffen wird nicht nach inländischen und ausländischen geschieden. Wir wissen aber, daß alle Industrien den größten Teil ihrer Rohstoffe aus dem Auslande beziehen, mit einziger Ausnahme der Holz- und Papierindustrie.

Welches ist nun die tatsächliche Entwicklung der einzelnen Produktionszweige?

Als Konjukturanzeiger können in Ermangelung anderer Erhebungen nur die Zahlen über die Arbeitslosigkeit, über den Kohlenverbrauch und über die Zunahme der Unfallversicherungpflichtigen und der Fabriksbetriebe verwendet werden.

Die Arbeitslosigkeit nach Berufsklassen wird sowohl von der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit als auch von der industriellen Bezirkskommission ermittelt. Die Ermittlungen der letzteren sind genauer und besser zu verwerten. Die aus ihren Angaben über die Stellenanbote und Stellengesuche errechnete. *Andrangsziffer wird in ihrer Bedeutung als Konjunkturanzeiger einige Einschränkungen erfahren müssen. Vor allem ist sie absolut genommen überhaupt nicht zu verwenden, denn in ihrer absoluten Höhe ist sie durch ein anderes Ereignis als die Inflationskonjuktur mit beeinflusst worden; durch die Zerreisung der ehemaligen Monarchie. Die Aufteilung des Industrieapparates erfolgte nicht gleichmässig, bestimmte Industriezweige waren im Verhältnis zum Lande zu stark, andere wiederum zu schwach vertreten. Das führte nun dahin, daß die Andrangsziffer der für das Land zu starken Industrien absolut immer höher sein musste als die der verhältnismässig zu schwach vertretenen. Daher die absolut hohe Andrangsziffer der Metall- und Maschinenindustrie, die für die Verhältnisse des Landes viel zu groß sind.

Wir werden daher nur die relativen Schwankungen der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufsklassen betrachten. Dadurch wird die Wirkung der Zerstückelung der Monarchie auf die Andrangziffer abgeschwächt. Ganz zum Verschwinden kann sie aber nicht gebracht werden. Denn die Konjunktur prägt sich in einem für die Verhältnisse eines Landes zu stark entwickelten Produktionszweige viel schwächer aus, als in einem weniger stark entwickelten. Nehmen wir an, die österreichische effektive Nachfrage nach den Erzeugnissen der Produktionsmittelindustrien hätte sich verdoppelt. Die Kapazität dieser Industriezweige, die bisher infolge ihrer Größe nur 40% betrug, wird sich auf höchstens 70—80% erhöhen. Eine 50%tige Zunahme der Nachfrage nach den Erzeugnissen eines bisher mit 90% ausgenützten Industriezweiges wird eine stärkere Anspannung in dieser Industrie hervorrufen als die 100%tige Steigerung in den Produktionsmittelindustrien. Die Zunahme der Nachfrage nach Produktionsmitteln kann ihrer Große nach für das Land sehr beträchtlich gewesen sein, sie wird aber nicht in der Anspannung der Produktionsmittelindustrien ihren entsprechenden Niederschlag gefunden habben.

Noch auf einen zweiten Nachteil der Zahlen über die Arbeitslosigkeit muss aufmerksam gemacht werden.

---

* s. Tabelle auf S. 11

Andrangsziffer nach Berufen (Errechnet aus den Angaben d. Industriellen Bzk.)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1921										
Jänner .	539	869	129	153	1.071	217	106	378	280	200
Feber	518	857	113	157	975	205	81	368	196	168
März .	453	755	97	158	1.127	185	60	153	111	130
April .	480	766	113	277	762	117	51	118	93	113
Mai . .	424	732	124	433	602	174	75	116	116	171
Juni . .	446	685	99	414	566	136	91	107	147	180
Juli . .	531	755	92	338	280	129	94	106	187	130
August	450	856	94	229	473	118	84	101	204	102
Sept. .	414	813	87	227	541	117	78	110	191	101
Oktober	365	672	95	188	397	105	77	115	205	86
Novem.	318	578	128	153	657	111	98	170	219	96
Dezemb.	394	644	176	193	739	174	155	423	388	206
1922										
Jänner .	450	778	289	236	591	221	210	981	576	230
Feber .	609	946	271	346	590	304	224	682	661	259
März .	828	1.344	247	412	661	252	221	327	355	285
April .	1.147	1.788	208	826	548	220	255	325	286	307
Mai . .	812	1.325	196	613	485	251	198	196	220	253
Juni . .	660	1.170	168	481	465	185	169	151	209	258
Juli . .	628	1.138	158	417	595	162	185	135	200	247
August	600	1.073	153	374	628	200	200	140	172	295
Sept. .	1.055	1.633	222	518	670	224	292	242	254	564
Oktober	1.367	1.545	412	623	640	330	478	418	900	786
Novem.	2.920	3.837	593	1.330	743	654	986	1.536	2.218	1.562
Dezemb.	5.672	7.443	1.138	3.658	1.184	1.158	1.385	3.348	4.115	1.432
1923										
Jänner .	4.795	7.392	613	1.877	1.131	926	885	3 245	4.368	580
Feber .	3 143	3.861	756	1.283	659	863	779	2 235	2 354	871
März .	2.169	3.096	699	828	641	739	406	779	835	703
April .	1.857	2 523	721	1.136	773	564	407	489	705	797
Mai . .	1.458	2.281	643	917	516	524	278	362	851	691
Juni . .	1.561	2.888	574	887	635	556	361	449	528	621
Juli . .	1.954	2.747	519	993	885	463	442	259	393	624
August	1.457	2.065	319	781	592	439	398	231	421	537
Sept. .	1.270	1.846	363	976	480	358	233	194	710	461
Oktober	882	1.374	312	519	382	347	233	170	905	389
Novem.	979	1.803	326	700	489	376	317	369	1.592	405
Dezemb	1.179	1.707	518	651	839	412	463	1.217	5.339	717
1924										
Jänner .	788	1.112	377	433	550	446	492	1.547		350
Feber .	776	1.240	542	580	695	487	444	1 244		470
März .	623	1.052	359	488	597	397	230	371		238
April .	601	1.040	501	797	601	362	219	223		341
Mai . .	523	786	451	448	413	415	195	190		398
Juni . .	637	891	442	567	345	362	248	161		584
Juli . .	570	917	370	529	297	369	454	149		623
August	678	1.020	420	495	558	392	469	156		700
Sept. .	678	1.311	350	679	661	424	319	177		585
Oktober	462	934	347	251	970	698	524	211		580
Novem.	649	1.455	337	482	1 360	522	687	674		909
Dezemb.	1.296	2.285	537	681	2.064	667	1.105	1 640		1.609

1.= (ist gleich) Metallindustrie, 2 = Maschinenindustrie, 3.= Textilindustrie, 4 = Papierindustrie, 5.— Nahrungs- und Genussmittelindustrie, 6 = Holzindustrie, 7 = Bekleidungsindustrie, 8.= Baugewerbe, 9.= Steinindustrie, 10 = Lederindustrie.

Wir kamen vorhin zu dem Schlusse, daß die Größe der Exportprämie im wesentlichen vom lohnintensiven Charakter der betreffenden Industrie abhängt. Je lohnintensiver eine Industrie ist, umso größer ihre Exportprämie. Lohnintensive Industrien haben aber von vornherein, auch ohne Exportprämie und dementsprechend höheren Absatz im Auslande größere Schwankungen in der Arbeitslosigkeit aufzuweisen als kapitalintensive Industrien*. Haben wir also größere Schwankungen der Andrangsziffer in den lohnintensiven Industriezweigen festgestellt, dann müssen diese gar nicht mit einer Zunahme der Ausfuhr zusammenhängen; sie können auch blosser Ausdruck ihres stärkeren lohnintensiven Charakters sein.

Die beiden Einschränkungen, die wir bei der Andrangsziffer machen müssen, macht sie eigentlich wertlos für den Hauptzweck der jetzigen Untersuchung. Die erste Einschränkung macht schon einen Vergleich der Produktionsmittelindustrien mit den übrigen unmöglich, die zweite stellt uns vor das Dilemma, ob die tatsächlichen größeren Schwankungen der Arbeitslosigkeit in den Industrien mit großen Exportprämien auf eine Zu- oder Abnahme des Absatzes im Auslande oder aber auf ihren stärkeren lohnintesiven Charakter zurückzuführen seien.

Der Kohlenverbrauch der einzelnen Industriezweige, unser zweite Konjunkturanzeiger ist vom Ministerium für Handel und Gewerbe für die Jahre 1922, 1923 und 1924 veröffentlicht worden**. Die absoluten Zahlen werden vom Charakter der einzelnen Industriezweige bestimmt. Die prozentuellen Veränderungen werden hingegen in erster Linie von der stärkeren oder schwächeren Konjunktur der betreffenden Industriezweige hervorgerufen.

Kohlenverbrauch nach Industriezweigen 1922—1924:

	1922	1923	Veränd. in %	1924	Veränd. in %
Nahrungsmittelindustrie	192932	261390	35.4	344894	31.9
Eisen und Metallindustrie	1813215	1408415	-22.3	1196651	-15.1
Bergbau	516505	414840	-19.6	412209	-0.6
Chemische Industrie	218807	15.712	-27.0	208182	30.3
Keramische und Glasindustrie	72116	72126	0.0	98517	36.5
Baustoffindustrie	233137	193523	-16.9	283962	46.7
Textilindustrie	201958	183692	-9.0	232928	26.7
Lederindustrie	36394	37086	1.1	35788	-3.5
Papierindustrie	341382	305149	-10.3	345988	13.3
Holz- und sonstige Industrie	6274	20504	226.0	18633	9.1

Den stärksten Rückschlag im Kohlenverbrauch zeigt die chemische Industrie. Dieser sinkt im Jahre 1923 um 27%. Gleich darauf folgen die Eisen- und Metallindustrie, der Bergbau und die Baustoffindustrie mit einem Rückgang von 22,3%, 19.6% und 16.9%. Dann kommt erst die Papier- und Textilindustrie mit 10.3 bezw. 9.0%. Diese Zusammenstellung zeigt, dass die eigentlichen Produktionsmittelindustrien an der Konjunktur am stärksten teilgenommen haben. Dabei muss noch ein Umstand angeführt werden, der dahin wirkte, den Rückgang des Kohlenverbrauches der Metallindustrie im Krisenjahre 1923 abzuschwächen, die Ruhrkonjunktur. Diese brachte es

*) Weyermann, Gewerbliche Technik, Gr. d. S. IV Abt. 6.
**) Stat. Nachrichten 1925 No. 11 S. 236.

mit sich, dass einer der größten Kohlenkonsumenten der Eisen- und Metallwarenindustrie, die Roheisenproduktion, eine Hochkonjunktur hatte. Die Ausfuhr von Roheisen, Luppen- und Stabeisen stieg 1923 gegen 1922 um nicht weniger als 70%*.

Ausfuhr von Roh-, Stab- und Lupeneisen 1922—1924 in mq.

1922	1923	1924
1,090.571	1,726.368	1,112.012

Ebenso stieg auch die Ausfuhr der Halbfabrikate der Eisenindustrie.

1922	1923	1924
721.302	1,100.263	628.040

Wie sehr die Ruhrkonjunktur den Rückgang im Kohlenverbrauch abschwächte lässt ein zweiter Umstand erkennen. Trotz Zunahme der Produktion in der Metallindustrie im Jahre 1924 ist der Kohlenverbrauch in diesem Jahre noch um 15% unter dem des Krisenjahres 1923, eben weil die Ruhrkonjunktur Ende 1923 abflaute.

Mit der größten Zurückhaltung ist der dritte Konjunkturanzeiger, die Zunahme der Unfallversicherungspflichtigen- und der Fabriksbetriebe aufzunehmen. Im allgemeinen, weil in Industrien, in denen der Kleinbetrieb vorherrschend ist, viel leichter neue Betriebe oder gar Fabriken gegründet werden als in solchen, wo der Mittel- oder Großbetrieb verbreitet ist. Überhaupt ist die Schaffung von neuen Betrieben die letzte Folge einer Produktionssteigerung. Denn der Unternehmer ist vorderhand bestrebt, bestehende Betriebe auszubauen. Zu einer Neugründung entschliesst er sich erst, wenn diese Möglichkeit erschöpft ist. Daneben gibt es aber auch noch einen besonderen, im österreichischen Wirtschaftsleben vorhandenen Umstand, der uns irgendwelche Schlußfolgerungen auf die Beschäftigung der Produktionsmittelindustrien im Vergleich mit den anderen Industrien unmöglich macht: die verhältnismässig zu stark ausgebaute Metall- und Maschinenindustrie. Dieser Umstand wird in der Zahl der neugegründeten Betriebe noch vielmehr zum Ausdruck kommen als in der Arbeitslosigkeit. Da die Metall- und Maschinenindustrie einen für die Verhältnisse des Landes zu sehr ausgebauten Produktionsapparat besitzen, werden Neugründungen, auch bei starker Beschäftigung dieser Industriezweige verhältnismässig seltener sein als bei den anderen Industrien**.

Unfallversicherungspflichtige und fabriksmässige Betriebe 1920—1924

	Unfallversicherungspfl. Betr.				Fabriksmässige Betr.			
	1920	1921	1922	Vrdg. 1920-22	1920	1921	1922	Vrd. 1920-22
Gewerbe der Urprodukt.	386	767	773	+100%	12	14	21	75%
Hüttenbetriebe	24	20	20	- 16.6	17	17	17	0
Stein-, Erde-, Ton-, Glasind.	5325	5061	5037	- 5.3	758	796	816	7.6
Metallverarbeitung	5091	4987	5209	2.3	959	1025	1040	8.4
Masch.- u. Instrumenteind	2261	2599	2997	32.5	629	707	770	22,4
Holz-, Flecht-, Drehind.	9708	10239	10403	7.1	764	872	1047	37.0
Kautschuk-, Zelluloidind.	177	156	169	- 4.5	30	35	40	33.3
Ind. i. Leder u. Häuten	736	747	751	2.0	175	203	215	22,8
Textilindustrie	994	1068	1226	23.3	533	586	658	23.4

*) Statistik des auswärtigen Handels 1920—1924.

**) Stat. Handbuch II, III, IV, V.

	Unfallversicherungspfl. Betr.				Fabriksmässige Betr.			
	1920	1921	1922	Vrdg. 1920-22	1920	1921	1922	Vrdg. 1920-22
Tapezierergewerbe . . .	271	224	212	- 21.7	14	11	11	21.4
Bekleidg. u. Putzwaren .	1900	1957	2036	7.1	411	436	449	9.2
Papierindustrie	651	650	689	5.8	437	439	453	3.6
Nahrungs- u. Genussmittelind. .	6907	7084	7321	5.9	626	678	719	14.8
Gast- u. Schankgewerbe	380	221	229	- 9.7	—	—	—	—
Chemische Industrie . .	788	808	857	8.7	402	454	490	21.8
Baugewerbe	11709	12842	12528	6.9	—	—	—	—
Grafische Industrie . . .	609	621	644	6.2	220	220	227	3.1
Kraft-, Beleuchtg.-, Behzg.-Anl.	769	780	1076	39.9	404	422	445	10.1

Doch auch hier möchten wir nicht unerwähnt lassen, dass die Vermehrung der Betriebe in der Maschinenindustrie am stärksten war. In der Zunahme der Fabriken steht sie nur wenigen Industrien nach. Dies alles, trotz des für das Land zu stark ausgebauten Produktionsapparates dieses Industriezweiges.

Alle drei zur Verfügung stehenden Konjunkturanzeiger geben auf die Frage, ob die Produktionsmittelindustrien eine stärkere Konjunktur als die anderen Industriezweige aufgewiesen haben, keine präzise Antwort. Zwei mussten von vornherein als unzureichend für die bezweckte Feststellung abgelehnt werden. Nur die Statistik über den Kohlenverbrauch konnte verwendet werden. Diese zeigte auch, dass die Produktionsmittelindustrien am stärksten an der Konjunktur teilgenommen haben; diese Feststellung steht aber auf sehr schwachen Füssen.

Da die direkte Untersuchung zu keinem genauen Ergebnis führte, werden wir indirekt festzustellen trachten, wie sich die Produktionsschwankungen in den Industriezweigen gestalteten.

Das Realeinkommen einer Volkswirtschaft besteht aus Gütern, die direkt konsumiert, und solchen, die zur weiteren Erzeugung dienen. Gekauft wird das Realeinkommen vom Geldeinkommen, seine Verteilung unter die einzelnen Individuen und Klassen wird von der Verteilung des Geldeinkommens bestimmt. Das Geldeinkommen als Käufer des Realeinkommens bestimmt auch dessen Zusammensetzung.

Verschiebungen in der Einkommensverteilung rufen Veränderungen in der Zusammensetzung des Realeinkommens hervor, und bestimmen daher den Gang der Produktion. Relatives Ansteigen des Unternehmereinkommens bringt es mit sich, dass die Nachfrage nach Produktionsmitteln verhältnismässig zunimmt, die Steigerung der Produktion in den Produktionsmittelindustrien daher eine stärkere Zunahme erfährt als in den anderen Industrien.

Im folgenden Kapitel wurde die Entwicklung des Einkommens unter der Einwirkung der Inflation untersucht. Das Ergebnis war, dass das Unternehmereinkommen verhältnismässig stark zugenommen hat, bei gleichzeitigem Sinken der anderen wichtigen Einkommenskategorien. Der relative Anteil des Unternehmereinkommens am Gesamteinkommen hatte sich fast verdoppelt.

Die starke Zunahme des Unternehmereinkommens musste eine größere Nachfrage nach Produktionsmittel zur Folge haben und dadurch eine ver-

hältnissmässig stärkere Konjunktur in den Produktionsmittelindustrien hervorrufen. Das Unternehmereinkommen war aber nicht die einzige Nachfragequelle nach Produktionsmitteln. In der Inflation kommt noch die Investierung von Betriebskapital hinzu. Um der Wertverminderung zu entgehen, ist jeder Unternehmer bestrebt, sein umlaufendes Betriebskapital soweit als nur irgend möglich in festen Werten anzulegen. Er versucht mit dem kleineren Betriebskapital denselben Umsatz zu bewältigen was ihn die raschere Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in der Inflation ermöglicht. Der Investierungsdrang aller nur irgendwie abkömmlichen Betriebskapitalien führt ebenfalls zu einer Vermehrung der Nachfrage nach Produktionsmitteln in der Inflation.

Es ist nun ohne weiteres einleuchtend, dass diese beiden Erscheinungen dahin geführt haben, dass die Produktionsmittelindustrien die stärkste Steigerung in der Inflation erfuhren.

Diese relativ stärkere Stimulierung der österreichischen Produktionsmittelindustrien konnte aber tatsächlich nur dann eingetreten sein, wenn das Ausland nicht seinerseits die Nachfrage nach anderen österreichischen Produkten noch stärker gesteigert hätte. Denn gewöhnlich wird die Produktion eines Landes nicht allein vom Geldeinkommen desselben Landes gekauft. Das Ausland als Absatzgebiet kann auch eine große Rolle spielen. Durch die Bildung einer Exportprämie erhöht die Inflation den Einfluss der ausländischen Nachfrage auf die inländische Erzeugung. Konzentriert sich diese erhöhte ausländische Nachfrage nicht auf Produktionsmittel, so kann dadurch die sich aus der inländischen Einkommensgestaltung unzweifelhaft ergebende stärkere Produktionssteigerung der Produktionsmittelindustrien, von anderen Produktionszweigen übertroffen werden.

Die wirksam gewesene ausländische Nachfrage nach österreichischen Produkten ist aus der Statistik des auswärtigen Handels zu ersehen. Geht eine große Ausfuhrsteigerung paralell mit der Inflationskonjunktur, wird ihr dann in den Jahren der Stabilisierung und Depression eine Ausfuhrverminderung folgen, lässt sich mit einem Worte eine Paralelle zwischen dem Verlaufe der Produktion und der Ausfuhr feststellen, dann ist dies ein Zeichen dafür, das die ausländische Nachfrage den Konjunkturverlauf beeinflusst hat. Von der Intensität der Ausfuhrschwankungen kann dann auf die Stärke des ausländischen Einflusses auf den betreffenden Industriezweig geschlossen werden.

Im folgenden wird die Ausfuhr einer Reihe der wichtigeren österreichischen Fertigfabrikate untersucht. Hiezu werden nicht die Wert-, sondern die Mengenangaben benützt. Denn die Ermittlung des Wertes der ausgeführten Waren ist in Zeiten von Geldwertschwankungen äusserst schwer und enthält eine Reihe von Fehlerquellen. Ausserdem führt ein Land in der Inflation seine Waren zu einem billigeren Preise aus als in normalen Zeiten. Hinter gleichen Wertangaben werden daher ungleiche Mengen stecken und ein Rückgang oder ein Steigen der ausgeführten Werte muss infolgedessen nicht gleichbedeutend mit einem Sinken oder einem Steigen der ausgeführten Gütermengen sein.

*Ausfuhr wichtiger österreichischer Produkte in mq und Stücken 1920—1924

	1920	1921	1922	1923	1924
Baumwollgarne	32 662	79.816	126.776	106.081	119.714
Baumwollwaren	45.096	55.061	75.218	67.317	76.555
Wollgarne	6.971	10.185	21.812	27.418	33.252
Wollwaren	7.394	10 723	15.021	16.130	19.536
Eisenwaren	730.309	694.612	721.302	1,100.263	628.040
Metallwaren	34.608	45.625	55.531	50.651	56.572
Holzwaren	281.301	395.033	417.446	381.140	444.830
darunter Möbel	91.914	90.966	58.452	28.477	23 174
Pappe, Papier und Papierwaren	957.056	1,144.300	1,221.034	1,351.698	1,336.168
Chem. Hilfst. und Produkte	471 086	510.540	559.409	353.168	356.418
Leder und Lederwaren	40.443	59.280	93.510	74.787	94.196
Kürschnerwaren	948	1.212	1.375	1.548	1.502
Konfektionswaren mq	19.584	11.682	15.226	—.—	—.—
Stückzahl	1,099 213	1,533 077	1,981.945	—.—	—.—
Kautschukwaren	16.884	35.802	45.651	42.412	52.810
Elekt. Masch. Apparate u. Bestandteile	81.488	111.757	115.280	91.974	87 512
Andere Masch. und Apparate	411.642	538.015	425 405	284.850	303.493
Fahrzeuge mq	144.379	178.477	171.709	69.656	55.287
Stück	12.491	13.411	17.259	—.—	—.—
Instrumente	22.136	27.720	26.008	19.384	20.087

Diese 19 in der Tabelle enthaltenen Warenkategorien werden im nachfolgenden so gruppiert werden, dass ein eventueller Zusammenhang zwischen Ausfuhrsteigerung und Konjunktur leicht erkannt werden kann.

Von vornherein scheiden diejenigen Produkte aus, deren Ausfuhr durch die Inflation überhaupt keine Steigerung erfahren hat. Denn bei diesen Waren hatte die Exportprämie, ganz gleich aus welchen Gründen, keine exportsteigernde Wirkung ausgeübt. Hieher gehören folgende Waren: Wollgarne, Wollwaren, Papier, Pappe und Papierwaren, Eisenwaren, Kürschnerwaren und Möbel.

Die Ausfuhr der verbliebenen dreizehn Warengruppen zeigt eine Abhängigkeit von der Geldentwertung. Es ist unzweifelhaft, dass hier die exportsteigernde Kraft der Exportprämie wirksam war. Nichtsdestoweniger ist es ebenso unzweifelhaft, dass bei den meisten von ihnen ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Exportsteigerung und Produktionszunahme n i c h t bestand. Wenn die Steigerung der ausgeführten Mengen die Konjunktur der betreffenden Produktionszweige hervorgerufen hätte oder das hauptsächlich stimulierende Moment gewesen wäre, dann müssten die exportierten Mengen in einem direkten Zusammenhang mit dem Verlauf der Konjunktur stehen. Die Konjunktur setzte 1920 ein, erreichte 1921 ihren höchsten Stand. Ende 1922 trat der Umschwung ein, das Jahr 1923 weist die tiefste Depression auf, das Jahr 1924 zeigt wiederum in seinen ersten 10 Monaten eine Produktionszunahme.

Standen also die Produktionsschwankungen in ursächlichem Zusammenhang mit der Ausfuhr, dann müsste diese i. J. 1921 am größten gewesen sein; das Jahr 1922 müsste dann unter dem Stand des Jahres 1921 sein, das Jahr 1923 einen heftigen Rückschlag aufweisen. Wenn aber die Ausfuhr im ausgesprochenen Krisenjahr 1923 höher war als die im günstigsten Konjunkturjahre 1921, dann kann von einem ursächlichen Zusammenhang von Produktion und Ausfuhr nicht so ohne weiteres gesprochen werden. Von den dreizehn übrig gebliebenen Waren weisen aber folgende diesen Zustand auf:

*) Statistik des auswärtigen Handels 1920—1924.

Baumwollgarne, Baumwollwaren, Metallwaren, Leder und Lederwaren, Kautschukwaren.

Die restlichen acht Fabrikategruppen haben im Jahre 1921 eine stärkere Ausfuhr als im Jahr 1923 gehabt. Dies berechtigt aber noch immer nicht zur Annahme eines ursächlichen Zusammenhanges zwischen Ausfuhrsteigerung und Konjunktur. Es genügt nicht, dass die Ausfuhr in der Konjunktur höher war als zur Zeit der Krise. Die Konjunktur war nicht immer gleich groß. Die Konjunktur i. J. 1921 war intensiver als die i. J. 1922. Die Ausfuhr sollte demnach auch i. J. 1921 höher sein als i. J. 1922. Dies traf aber bei den meisten der noch zu betrachtenden Fabrikate nicht zu. Es sind dies die Gruppen Holzwaren, chemische Hilfsstoffe und Produkte, Konfektionswaren, Elektr. Maschinen, Apparate, Bestandteile und Fahrzeuge.

Von den 19 Warengruppen lassen demnach 17 keine ursächliche Paralellität zwischen Ausfuhrsteigerung und Produktionszunahme erkennen, nur zwei zeigen eine solche.

Die Inflation hatte eine Ausfuhrsteigerung gebracht, letztere stand aber in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der Entwicklung der Konjunktur. Sie war nur eine Nebenerscheinung, ihr richtunggebender Einfluss auf die Produktion konnte daher nicht groß sein. Die Richtung, die die Produktion genommen hat, wurde in erster Linie von den inländischen Verhältnissen bestimmt.

Damit wird nicht der Einfluss geleugnet, den die Exportprämie auf die Produktion hatte. Nur beruht die Wirkung der Exportprämie weniger auf einer Ausfuhrsteigerung als auf einer Importbehinderung. Man hat das Phänomen des Zurückbleibens der inländischen Produktionskosten hinter der Entwicklung der ausländischen Wechselkurse, wie es als Folge der Inflation regelmässig aufzutreten pflegt, „Exportprämie“ genannt, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass seine größte Wirkung in der Stimulierung der Ausfuhr liegt. Man wäre der Wirklichkeit viel näher gekommen, wenn man es „Inflationszoll“ genannt hätte.

Der Inflationszoll ist ein allgemeiner, für die inländischen Güter geltender Schutzzoll, den die Inflation dadurch hervorruft, dass die inländischen Produktionskosten nicht so rasch steigen als die Wechselkurse. Die Höhe dieses Zolles ist bei allen Waren ungleich groß. Sie hängt von dem relativ stärkeren oder schwächeren Steigen der einzelnen Kostengruppen ab. Die Industrien, mit der größten Exportprämie werden umgekehrt auch den höchsten Schutzzoll aufzuweisen gehabt haben.

Die Wirkung dieses beträchtlichen Schutzzolles war die Verdrängung ausländischer Erzeugnisse durch inländische, auch solcher ausländischer Güter die im Inlande nicht in gleicher Weise oder gleicher Güte hergestellt wurden. Diese wurden durch inländische Güter substituiert insoferne die ausländischen überhaupt ersetzbar und die Preisunterschiede genügend groß waren.

Haben wir nachgewiesen, dass die ausländische Nachfrage nach österreichischen Produkten, trotz ihrer Zunahme während der Inflation, keinen entscheidenden Einfluß auf den Gang der österreichischen Produktion ausgeübt hat, dann haben wir auch den Nachweis erbracht, dass die stärkste Produktionszunahme in den Produktionsmittelindustrien erfolgte; denn die inländische Nachfragegestaltung bot diesen den stärksten Produktionsanreiz.

Typisch für den Gang der Produktionsmittelindustrien ist gewöhnlich die Roheisenproduktion. Leider sind die österreichischen Mengenzahlen über die Roheisenproduktion nicht als Maßstab der Beschäftigung der inländischen Produktionsmittelindustrien zu verwenden, da die Ein- und Ausfuhr von Roheisen eine bedeutende ist. Maßgebender für uns ist der innere Roheisenverbrauch, der sich aus der Roheisenproduktion unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr von Roheisen ergibt.*

Roheisenproduktion 1920—1924 in t.

	1920	1921	1922	1923	1924
	100.010	226.077	323.172	344.096	266.639

Ein- und Ausfuhr von Roheisen 1920—1924 in t.

	1920	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	39.051	74.995	101.121	53.705	60.255
Ausfuhr	75.930	63.516	56.532	81.138	66.731
Defizit	36.879	—	—	27.433	—
Überschuß . . .	—	11.479	44.589	—	3.524

Inländischer Roheisenverbrauch 1920—1924 in t.

	1920	1921	1922	1923	1924
	63.131	237.556	377.761	316.663	270.163

Während die Roheisenproduktion im Jahre 1923 ihren höchsten Punkt erreicht, ist der für uns maßgebende Roheisenverbrauch im Jahre 1922 am größten. Was aber sofort auffällt ist der Umstand, dass der Roheisenverbrauch i. J. 1921 unter den der drei folgenden Jahre liegt, trotzdem die Beschäftigung der Industrie i. J. 1921 am stärksten war. Woher kommt dieser Widerspruch?

Er kommt daher, dass der Roheisenverbrauch der österreichischen Industrie verschieden ist von dem Eisenverbrauch der österreichischen Produktionsmittelindustrien. Den ein großer Teil des in Österreich industriell verwendeten Roheisens wird wiederum in Form der Halb- und Fertigfabrikate der Eisenindustrie in das Ausland ausgeführt. Ziehen wir den auswärtigen Handel dieser Fabrikate in Betracht dann verändert sicht das Bild sofort.

**Ein- und Ausfuhr von Eisenwaren 1920—1924 in t.

	1920	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	85.503	163.536	91.115	45.197	85.476
Ausfuhr	115 921	131.676	179.965	270.841	138.233
Einfuhrüberschuß . . .	—	31.860	—	—	—
Ausfuhrüberschuß . .	30.418	—	88.850	225.644	52.757

Während alle übrigen Jahre ein Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr zeigen, ist im Jahre 1921 die Einfuhr beträchtlich höher als die Ausfuhr.

*) Stat. Nachrichten 1925. No. 4. S. 87.

**) Statistik des auswärtigen Handels 1920—1924.

Leider ist die Menge Roheisen unbekannt, die in diesen Fabrikaten der Eisenindustrie steckt. Es genügt aber auf folgenden Umstand hinzuweisen. Selbst bei der Annahme, dass eine Tonne der Fertigwaren der Eisenindustrie einer Tonne Roheisen gleichkäme, ist der innere Verbrauch an Roheisen und Eisenwaren zusammen in den beiden Jahre 1921 und 1922 am größten. Das Jahr 1921 steht dann nur noch um wenige Prozente hinter dem Jahr 1922 zurück. Aber bereits bei der, der Wirklichkeit näher kommenden Annahme, dass zur Erzeugung einer Tonne Fertigwaren 1.5 t Roheisen verwendet wird, wäre die von der weiterverarbeitenden österreichischen Industrie verbrauchte Roheisenmenge i. J. 1921 um 40% höher als im Jahre 1922.

Der Eisenverbrauch der inländischen weiterverarbeitenden Industrien d. h. also zum größten Teil der Produktionsmittelindustrien war i. J. 1921 weit größer als in den anderen Jahren. Am schwächsten war er i. J. 1923.

Für die starke Zunahme der Erzeugung von Produktionsmitteln in der österreichischen Inflationskonjunktur und dem darauf folgenden starken Rückgang derselben in der Stabilierungskrise spricht noch eine andere Tatsache die zahlenmässig sehr gut erfassbar ist, nämlich die Beschäftigung des Baugewerbes.

Das Baugewerbe ist während der ganzen hier betrachteten Zeit der Typus einer Produktionsmittelindustrie gewesen. Die Mieterschutzgesetzgebung in Österreich hatte die fast vollständige Stilllegung des Wohnhausbaues zur Folge. Wie gering die Herstellung von Wohnhäusern in der Zeit nach dem Umsturze war, ist aus einer Zusammenstellung der Statistischen Nachrichten vom J. 1924 ersichtlich. Darnach betrug der Zuwachs an Wohnungen durch Neubauten in der Gemeinde Wien in den Jahren:*

1919	1920	1921	1922	1923
55	305	105	774	650

Dabei muss noch erwähnt werden, dass die Wohnhaustätigkeit in Wien verhältnismäßig am stärksten war, da die sozialistische Gemeindeverwaltung aus Gemeindesteuern Häuser errichten liess.

Daher war das Baugewerbe nur zu einem minimalen Teile mit der Herstellung von dauerhaften Konsumgütern beschäftigt. Und trotzdem gab es im Jahre 1921 fast gar keine Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Bedenkt man noch, dass das Baugewerbe in Österreich ziemlich stark ist — die Bauarbeiter machen 17% aller durch Kollektivverträge erfassten Arbeitnehmer aus — dann kann man ermessen wie groß die Nachfrage des Inlandes nach Produktionsmitteln war, denn die Produkte des Baugewerbes kommen nur dem Inlande allein zu Gute.

Die Andrangsziffer für die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe entwickelte sich folgendermassen (nach Vierteljahren)

Vierteljahre	1921	1922	1923	1924
I.	299	663	2.086	1.054
II.	113	224	433	191
III.	105	172	228	160
IV.	236	1.767	585	841
Jahresdurchschnitt . . .	188	707	585	561

*) Statist. Nachrichten 1924 Nr. 8 S. 169.

Die Andrangsziffer der Arbeitslosen im Baugewerbe ist i. J. 1921 sehr niedrig. In den Sommermonaten war sie nur etwas über 100, d. h. dass auf eine gesuchte Stelle eine anbietende kam. Die Wintermonate zeigen dann die durch die Kälte bedingte größere Beschäftigungslosigkeit. Doch ist in diesem Jahre die Saisonsschwankung verhältnissmäßig viel geringer als in den folgenden Jahren.

Die Zahl der Stellensuchenden war 1921 durchschnittlich 8.631. In Prozenten aller Bauarbeiter ausgedrückt war dies 5—6%. In dieser relativ geringen Arbeitslosigkeit sind sogar die Saisonsschwankungen mitenthalten. Sie war i. J. 1921 unter der der Friedenszeit. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln war so groß, dass die Beschäftigung des Baugewerbes trotz des Ausfalles von Neubauten zu Wohnungszwecken, stärker war als in den Jahren vor dem Kriege.

Aus dem bisher Gesagten folgt zweifellos, dass die Produktionssteigerung größtenteils dem Inlande zu Gute kam, und dass sie am stärksten die inländischen Produktionsmittelindustrien betraf.

Inhaltsangabe.

Einleitung:

Die von der allgemeinen weltwirtschaftlichen Lage abweichenden Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens einzelner Länder und deren Ursachen.

I. Die Währungspolitik Deutschösterreichs

Übernahme des Geldwesens der ehemaligen Monarchie. Fortführung ihrer Währungspolitik; Inflation zur Deckung des Budgetdefizites. Voraussetzungen und Folgen einer fiduciären Inflation und die Grenzen ihrer Weiterführung.

Die versuchten Mittel und Wege, die Geldentwertung zum Stillstande zu bringen: Die Versuche, ausländische Kredite zu erlangen; das Programm der Selbsthilfe, seine Durchführung und sein Scheitern; die letzten Phasen der Inflation; die Erlangung eines englischen Kredites; sprunghaftes Emporschnellen der Wechselkurse nach seiner Erschöpfung; das Notenbankprojekt und seine Wirkung.

Das Genfer Sanierungswerk: seine Bestimmungen und seine Durchführung. Kritik des Sanierungsprogrammes: Vernachlässigung des inneren Geldwertes. — Die Wirkung der Inflation auf die Kaufkraft des Geldes: Ungleiche Preissteigerung und Kaufkraftentwicklung. Diskrepanz in der Entwicklung der Preise für Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, der Preise im Detail- und im Großhandel.

II. Die Entwicklung der Produktion

Beziehungen zwischen Preisschwankungen und Umfang der Produktion; die Wirkung tätsächlicher oder erwarteter Preissteigerungen auf die Produktion. Produktion und Einkommen. Die Zerreisung des Wirtschaftsgebietes der ehemaligen Monarchie und ihre Folgen auf die österreichische Produktion.

Die Konjunkturen und Krisen des modernen Wirtschaftslebens. Die Kriterien für den Gang der Wellenbewegungen: Ausnützung der vorhandenen Produktionsfaktoren, Vergrößerung des vorhandenden Produktionsapparates. Voraussetzung einer Konjunktur. Großer Rohstoff-, besonders Kohlenmangel verhindert die Konjunktur in den Jahren 1919—20.

Analyse des österreichischen Konjunkturverlaufes an Hand A) der Arbeitslosigkeit: a) die unterstützten Arbeitslosen b) Andrangsziffer c) Teilweise Arbeitslosigkeit d) Arbeitsleistung e) relative Arbeitslosigkeit B) der Ausnützung der vorhandenen Produktionsmittel: allgemeiner Kohlenverbrauch der Industrie. Vergleich mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit; C) der Neueinstellung von Produktionsmitteln.

Andere Konjukturmaßstäbe: Der Warenverkehr, sein Umfang an Hand des Lastenverkehres der Eisenbahnen und des Verkehrs in den Lagerhäusern.

Zusammenfassung der allgemeinen Entwicklung der Produktion in Deutschösterreich von 1920—1924.

Die Gliederung der österreichischen industriellen Produktion. Die Exportprämie, ihr Wesen, ihre Entstehung und ihre ungleiche Höhe in den einzelnen Industriezweigen, Produktionsmittelindustrien und Industrien mit den größten Exportprämien. Untersuchung der Konjunkturschwankungen der einzelnen Industriezweige auf Grund der Arbeitslosigkeit nach Berufen, dem Kohlenverbrauch nach Industriezweigen und der Zunahme der Betriebe in den einzelnen Gewerbeklassen. Unzulänglichkeit dieser Statistiken. Daher Beweis an Hand, der Einkommensverteilung und der Ausfuhr, die zeigen, dass die Produktionsmittelindustrien die stärksten Schwankungen aufzuweisen hatten. Dies zeigt auch der Roheisenverbrauch der österreichischen Fertigfabrikateindustrien und die Beschäftigung im Bauhandwerk.

III. Die Einkommensgestaltung

Allgemeines über Inflation und Einkommen: Produktion und Realeinkommen. Preissteigerung und Nominaleinkommen.

Behandlung einzelner Einkommenskategorien in Deutschösterreich und deren Anteil am Gesamteinkommen vor dem Kriege: Einkommen aus Rentenkapitalien. Einkommen aus den in Gebäuden investierten Kapitalien. Einkommen aus den Dividendenpapieren österreichischer Aktiengesellschaften. Einkommen aus Spareinlagen, Zusammenfassung der Entwicklung des Einkommens aus verzinslichen Kapitalvermögen. Das Einkommen der geldverdienenden Klasse. Das Einkommen der Arbeiterklasse.

Allgemeines über Nominallohn und Preissteigerung. Lebenshaltungskosten und Index der Paritätischen Kommission. Die Lohnpolitik der österreichischen Arbeiterschaft während der Inflation und nach der Stabilisierung. Nominallöhne und Lebenshaltungskosten in der Inflation.

Übersicht über die Reallohnbewegung. Die Wirkung der Beschäftigungslosigkeit auf die Höhe der Reallohne. Die Reallohnschwankungen in den einzelnen Industriezweigen. Ungleiche Entwicklung der Reallöhne der qualifizierten und der unqualifizierten Arbeiter. Das Realeinkommen der gesamten Arbeiterklasse in Prozenten der Vorkriegshöhe. Veränderungen der Reallöhne infolge der relativen Arbeitslosigkeit gegenüber der Vorkriegszeit. Ergebnis: Trotz stärkerer Beschäftigung der Industrie in der Inflation war das Gesamtrealeinkommen der Arbeiterklasse in der Inflation geringer als in der Stabilisierungskrise.

B) Das Realeinkommen der Beamten und Angestellten.

Realgehälter der Angestellten. Bezüge der Bundesangestellten. Die Diffrenzierung in den Bezügen der Beamten in der Inflation. C) Einkommen aus Dienstleistung. D) Einkommen der Handwerker.

E) Das Unternehmereinkommen. Maßstäbe zur Beurteilung der Schwankungen des Unternehmereinkommens. Indirekte Ermittlung derselben. Ergebnis: Überaus starke Vermehrung des realen Unternehmereinkommens in der Inflation.

Die Auswirkungen dieser Einkommensverteilung auf die Produktion und die Konsumtion.

Schlußwort

Zusammenfassung der Beziehungen zwischen Inflation und Konjunktur.

Literaturverzeichnis.

BASCH: Theorie inflace, 1921

BECK OTTO: Die Wirtschaftsgebiete an der Mitteldonau vor dem Kriege, 1922

V. BECKERATH HERBERT: Kapitalmarkt und Geldmarkt, 1926

" " Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft, Wirtschaftsdienst 1920

BENDIXEN FRANZ: Das Inflationsproblem.

V. BERGMANN: Geschichte der nationalökonomischen Krisentheorien, 1895.

Bericht des Wiener Metallarbeiterverbandes über seine Tätigkeit in den Jahren 1914-1920 und 1920-1923.

Bericht über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse in Wien und Niederösterreich von der Kammer für Handel, Industrie und Gewerbe 1920-1921, 1921-1922, 1922-1923.

Berichte über die Generalversammlung der österr. Geschäftsführung der Österr.-Ung. Bank 1919, 1920, 1921, 1922.

Bericht über die Generalversammlung der Österr. Nationalbank 1923-1924

" " " " " Unionbank 1919-1924

" " " " " Kreditanstalt 1919-1924

" " " " " Bodenkreditanstalt 1919-1924

" " " " " Anglobank 1919-1924

" " " " " d. Wiener Bankver. 1919-1924

DE BORDES J. VAN WALRÉ: The austrian crown, 1924.

V. BORTKIEWICZ: Das Wesen, die Grenzen und die Wirkungen d. Bankkredites im Weltw. Archiv v. 1. VII. 1921.

" Die Ursachen einer potenzierten Wirkung des vermehrten Geldumlaufes auf das Preisniveau, Schriften d. V. f. S. Bd. 170

BOUNIATIAN: Wirtschaftskrisen und Überspekulation

BRESIO G.: Zum kommenden Staatsbankerott

Bureau International du Travail: Les conditions de vie des ouvriers dans les pays de monnaies depreciées, 1925

" " L' enquete sur la production 1920, 1923, 1924,

" " Les Methodes des statistiques du chomage 1925

BUNTZEL: Geldentwertung und Stabilisierung in D.-Öster. in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung, Sammelwerk veranstaltet vom Verein für Sozialpolitik in Schr. d. V. f. S. Bd. 171

CASSEL G.: Weltwirtschaft und Geldverkehr, 1920

" Theoretische Sozialökonomik, 1918

" Das Geldproblem der Welt, 1921

" " " " " , 1922

Zeitschriften
und sonstige periodische Veröffentlichungen:

Arbeit und Wirtschaft 1921—25.
Archiv für Sozialwirtschaft und Sozialpolitik.
Ausweise der industriellen Bezirkskommissionen.
Bankarchiv.
Beiträge zur Statistik der Stadt Wien.
Berichte aus den neuen Staaten.
Lohnstatistik der Wiener Arbeiterkammer.
Manchester Guardian „Wiederaufbau".
Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank.
Mitteilungen über den österreichischen Bergbau.
Revue politique et parlamentaire.
Revue economique international.
Schriften des Vereines für Sozialpolitik.
Statistische Nachrichten, herausgegeben vom Bundesamt für Statistik.
Österreichischer Volkswirt.
Weltwirtschaftliches Archiv.
Wirtschaftliche Nachrichten.
Wirtschaftsdienst.
Revue international du Travail.

Tageszeitungen:

Die Neue Freie Presse.
Das Prager Tagblatt.